

metall



Nr. 10

Oktober 2005
Jahrgang 57
D 4713

D a s M o n a t s m a g a z i n



Auto der Zukunft

Weg vom Öl

Deutschland nach der Wahl

Anstand verloren

metall-Titel 9/2005: Arbeit gestalten – Angriffe abwehren

► Selbst Arbeitsumverteilung und öffentlich geförderte Beschäftigung verschafft nicht allen Erwerbslosen einen ausreichenden Erwerb. Deshalb wird zusätzlich ein Existenz sichern des Grundeinkommen gebraucht. Existenz sichernd heißt Armut verhindernd, also mindestens 1000 Euro pro Erwachsenen im Monat (Kinder eventuell etwas weniger).

Uwe Schnabel, Coswig

► Oft war ich so was von zornig, wenn ich las, wie das bei anderen Firmen zugeht, wie man mit den Belegschaften, einzelnen Mitarbeitern und Betriebsräten umsprang. Mittlerweile erlebe ich ähnliche Dinge in meiner »eigenen« Firma.

Günter Noß, Lawalde

Wer diese Verhältnisse auf die Spitze treibt, gefährdet den sozialen Frieden. Das ist mit »Neid-diskussion« nicht zu erklären.

Was ich in den anderthalb Jahren erlebt habe, seit ich Betriebsratsvorsitzender bin, geht auf keine Kuhhaut. Der Arbeitgeber tut einfach was er will, immer mit dem Hinweis an den Betriebsrat: »Wenn Ihnen das nicht passt, gehen Sie doch vor Gericht.« Nicht nur Recht und Gesetz werden mittlerweile missachtet, auch der simple menschliche Anstand ist gewissen Leuten über Nacht abhanden gekommen. Mich plagen jetzt schon Alpträume, wenn ich daran denke, was geschieht, wenn die kommenden Wahlen so ausgehen, wie sich das bestimmte Leute vorstellen.

Karl Maier, München.

Viel zu spät

metall 9/2005: Plattheiten mit großem Pomp

► Ein gutes Beispiel sieht man immer im »Zweiten Deutschen

Fernsehen«, wenn es um die Automobilindustrie geht. Dann ist Herr Professor Dudenhöffer der erste Mann an der Spitze und formuliert seine Antworten immer so, wie es sein Gegenüber hören möchte. Der Herr Professor ist mittlerweile so unglaubwürdig, wie sonst niemand in diesem Sachgebiet. Mir scheint dieser Artikel kommt viel zu spät in die Öffentlichkeit.

Günter F. Roos, Trebur

► Ihr solltet bei aller Kritik an einem Medienmann wenigstens seinen Namen richtig schreiben, so viel Zeit muss sein. Er heißt Dudenhöffer und nicht Dudenhöfer,

Georg Schiffer, Krefeld

Auf Kosten der Armen

metall 9/2005: Botschafter der Arbeitgeber

► Ihr erwähnt in eurem Artikel, dass Herr Kirchhof lediglich den Spitzensteuersatz auf bisher 25 Prozent senken will. Ich habe aber immer verstanden, dass er einen einheitlichen Steuersatz für alle einführen will, unabhängig vom Einkommen. Da die Mehrheit der Arbeitnehmer aber derzeit unter 25 Prozent versteuert wird, würden die von euch angekündigten Steuereinnahmeverluste an den Reichen doch locker wieder durch Mehreinnahmen bei den Armen kompensiert. Die extremen Einkommensverluste der Armen würden dann natürlich die deutsche Wirtschaft endgültig zum Erliegen bringen. Seitens der Politiker wird immer auf die höheren Steuersätze in den skandinavischen Ländern verwiesen. Ohne



Foto: Werner Bachmeier

Protest gegen Kürzungen: Sozialer Frieden gefährdet

aber auf die weitaus höheren Löhne hinzuweisen.

Georg Stahl, Bilshausen

Perfekte Diagnose

metall 9/2005: Sündenbock Sozialstaat

► Professor Butterwege liefert die perfekte Diagnose der Krise des Sozialstaats. Es sprengt den Rahmen eines Briefs auf das Thema ausführlich einzugehen. Ich greife daher nur eine Einzelheit heraus. Ja, wir sind »Exportweltmeister«. Aber die Wertschöpfung der exportierten Waren findet zum großen Teil überhaupt nicht mehr in Deutschland statt. Professor Butterwege sollte mal durch die Werkshallen der deutschen Industrie gehen. Da werden Teile verbaut, die in der ganzen Welt eingekauft worden sind.

Veit Hennemann, Köln

Scheinheilige Debatte

metall 7/2005: Widerspruch einlegen

► Zur aktuellen Rentendiskussion der Parteien, kann man doch nur sagen, dass die Beitragszahler wieder einmal betrogen werden sollen. Weil das Alter bei Berufseintritt zu hoch sei, müsse das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben werden. Dies mag ja bei bestimmten Berufen, die mit einem entsprechenden Studium behaftet sind auch zutreffen, aber mit Sicherheit nicht in handwerklichen Berufen. Diese Scheinar-

gumente dienen nur einem Zweck, den Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, und meistens aus gesundheitlichen Gründen aufhören müssen, die Renten zu kürzen

Harald Schwitalle, Freudenberg

E-Mail:

metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden. Die vollständige metall-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-6693-24 45, Fax 069-6693-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan, Gabriele Prein,

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon 061 51-81 27-0, Fax 061 51-89 30 98
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-6693-22 24, Fax 069-6693-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr).
Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3,
64259 Darmstadt.



Für Sehbehinderte

► Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei.
Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

Editorial

Alternativen sind möglich

► Die Bundestagswahl hat ein überraschendes Ergebnis gebracht. Die Deutschen wollen kein schwarz-gelbes Bündnis und auch keine rot-grüne Koalition der Agenda 2010. Deswegen erhielt keines der beiden politischen Lager eine Mehrheit. Jetzt ist das Gejammer groß. Besonders bei den neoliberalen Geistesfahrern in den Medien, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer neue Opfer abforderten, weil dies endlich den Aufschwung bringen sollte. Wenn die Wahl eines gezeigt hat, dann dieses: Die Menschen haben genug vom Verzicht und von den Versprechungen der Politiker. Sie

Ausbildung

Das neue Ausbildungsjahr hat begonnen und wieder bleiben rund 100 000 junge Menschen ohne Lehrstelle.

Seite 6



Foto: picture-alliance / dpa / Wohas



Foto: picture-alliance / dpa / Perrey



Foto: picture-alliance / ZB / Franke

wollen endlich eine Politik, die gerecht und sozial ist und nicht immer nur einseitige Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung bringt. Der katholische Sozialwissenschaftler Friedhelm Hengstbach (unser Foto) hat für **metall** die

Wahl bewertet. Für ihn hat der Wähler souverän entschieden.

► Der hohe Ölpreis hat auch dem letzten Autofahrer deutlich gemacht, dass endlich alternative Kraftfahrzeug-Brennstoffe her müssen. Ein »Weiter so« mit Sprit fressenden, PS-starken Autos wird nicht mehr gehen. **metall** machte sich auf die Suche nach dem Auto der Zukunft. Und siehe da: Es gibt schon eine ganze Menge Alternativen zu Benzin und Diesel. Die technischen Voraussetzungen sind geschaffen. Jetzt ist die Autoindustrie gefordert, diese Antriebsarten weiter zu entwickeln und die Automobile zu einem marktfähigen Preis anzubieten.

Die Redaktion

Bundestagswahl

Bei der Bundestagswahl haben die Wählerinnen und Wähler den neoliberalen Konzepten der Parteien einen Denkzettel verpasst. Jetzt ist das Jammern groß.

Seite 8



Foto: laif / Hoogte

Soziale Welt

Betriebsräte sollen darauf achten, dass multinationale Firmen die sozialen Standards einhalten.

Seite 20

Magazin

Manpower ohne Tarif	4
BSH-Werk in Berlin gerettet	5
Negative Ausbildungsbilanz	6
Philips Semiconductor:	
Die Geiseln wehren sich	7

Bundestagswahl

Friedhelm Hengstbach:	
Deutschland nach der Wahl	8

Zur Sache

Jürgen Peters:	
Die Menschen wollen eine gerechte und soziale Politik . . .	10

Betriebsreport

Datenschnüffelei bei Siemens	11
--	----

Report

Protest gegen Lidl	12
Metall-Rente bei Otis	13

Titel

Suche nach dem Auto der Zukunft . . .	14
---------------------------------------	----

Tarifpolitik

Wäschereien flüchten aus dem Tarif	19
--	----

Sozialcharta

Neue Vereinbarungen	20
-------------------------------	----

Branchenreport

Maschinenbau	22
------------------------	----

Ratgeber

Krankenkassenwechsel	24
Bewerbungstipps	27
Politische Bücher	29

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel . . .	30
--------------------------------------	----

Porträt

Zu Besuch bei Regina Görner	31
---------------------------------------	----

Regionales

Aus den Bezirken	32
Lokales/Karikatur	35

Impressum	2
---------------------	---

Titelbild: metall

Manpower, Frankfurt

»Wir stoppen die Billigtarife«

Die Leiharbeiter-Firma Manpower hat ein Unternehmen ausgegründet, das Leiharbeiter nach den unchristlichen Tarifen der christlichen Tarifgemeinschaft CGZP bezahlt.

»Als Partner der erfolgreichsten Unternehmen Deutschlands sind wir die erste Adresse, wenn es um Arbeit geht«, lockt die Manpower-Geschäftsleitung potenzielle Zeitarbeiter, »seit 2004 gibt es erstmals einen Tarifvertrag für die Zeitarbeit. Manpower ist vom ersten Tag an dabei.«

Tatsächlich ist Manpower Mitglied im Bundesverband Zeitarbeit (BZA), der mit dem DGB erstmals einen Tarifvertrag für Zeitarbeitnehmer unterschrieben hat. Darin ist beispielsweise festgelegt, dass das Entgelt ab 2005 je Stunde bei 7,02 Euro liegt. Wer länger als drei Monate bei einem Verleiher beschäftigt

ist, erhält bis zu 7,5 Prozent obendrauf. Offensichtlich ist das Manpower zuviel. Daher hat die Verleihfirma ein Tochterunternehmen (»Manpower Managed Services GmbH«) gegründet, das künftig Leiharbeiter nach den Niedrig-Tarifen der Christlichen Tarifgemeinschaft Zeitarbeit (CGZP) bezahlen soll: Doch statt einem Stundenlohn von 7,02 Euro plus Zulagen erhalten die Zeitarbeiter dabei nur 6,80 Euro, während der sechsmonatigen Probezeit nur 6,15 Euro.

Nach Angaben von Manpower existieren derzeit in sechs Städten Niederlassungen des Tochterunternehmens: Frankfurt am Main, Bocholt, Kempten, München und Leipzig. Dem CGZP gehört beispielsweise die »Christliche Gewerkschaft Metall« (CGM) an, deren Gewerkschaftsstatus



Wolfgang Berger, IG Metall: »Wir kämpfen gegen Schmutzkonzurrenz«

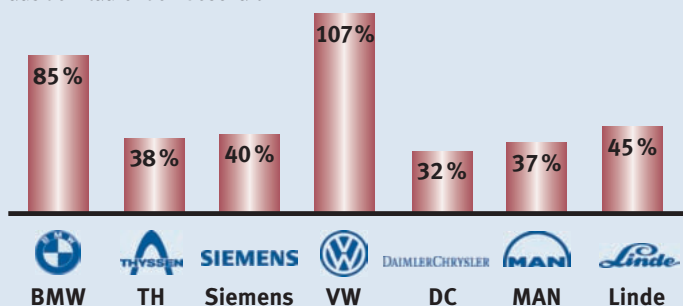
gerade vor den Gerichten geklärt wird. Die CGM hat nämlich kaum Mitglieder und ist folglich nicht in der Lage, Arbeitgebern bei Tarifverhandlungen Paroli zu bieten. Wolfgang Berger, der sich für die IG Metall um Zeitarbeitsfirmen kümmert: »Mit Hilfe der Betriebsräte in den Ent-

leihbetrieben werden wir die Manpower-Initiative stoppen.«

Bei Siemens in Leipzig ist das schon passiert. Auf Initiative des Betriebsrats und der IG Metall wurde verhindert, dass 30 Manpower-Zeitarbeiter mit dem Billigtarif von Manpower Managed Services abgespeist wurden. ◀

Dividenden statt Investitionen

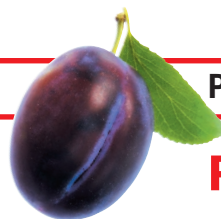
Investitionsquote 2002 – 2004
Investitionen bezogen auf den Geldfluss aus dem laufenden Geschäft



Quelle: IG Metall

Die meisten der sieben Metall-Unternehmen im DAX 30 haben in den vergangenen drei Jahren im Schnitt weniger als zwei Drittel ihrer Einnahmen ins eigene Unternehmen investiert. Stattdessen schüttete man Dividenden aus (8,1 Milliarden Euro) und

setzte auf Schuldentilgung (11,5 Milliarden). Die Unternehmen legten mehr Wert auf höhere Profitraten. Eine Auswertung des IG Metall-Vorstands dazu: »Der Verzicht auf Investitionen ist ein Risiko für Wachstum und Arbeitsplätze.« ◀



PFLAUME DES MONATS

Paul Kirchhof

Diesen Monat geht die Pflaume an Paul Kirchhof, Finanzexperte, Wahlverderber und »Tandem-Partner« von Friedrich Merz (Pflaumen-Empfänger der metall 9)

Grund für die Vergabe: Kirchhof hat sich seines Ministerpostens in einer Schwarz-Gelben Regierung wohl zu früh zu sicher gefühlt. »Wenn meine Reformvorstellungen im Bundesgesetzblatt stehen, trete ich in die CDU ein«, kündigte er an.

Zum Glück kam alles anders. Seine Vorschläge – den Wählern sei dank – werden

wohl nie dort stehen. Seine unsozialen Steuer-Pläne haben unter anderem Kanzlerkandidatin Merkel den Sieg verhaselt. »Am Schluss war die Angst vor Kirchhof größer als die vor Hartz«, sagte sogar der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok.

Für Kirchhof ist der Ministerposten offenbar in weite Ferne gerückt. Der Professor geht zurück an die Universität Heidelberg. Und ob ihn die CDU überhaupt noch als Parteimitglied haben will, ist nach dieser Wahl ohnehin fraglich. ◀

Bosch-Siemens Hausgeräte, Berlin

Waschmaschinenfabrik bleibt

Die Berliner Waschmaschinenfabrik der Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH wird nicht geschlossen.

Nach wochenlangem Ringen erklärte die Geschäftsführung der Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH (BSH) jetzt, die Produktion werde trotz »wirtschaftlicher Belastungen« über den 31. Dezember 2006 hinaus fortgesetzt. »Wir haben Respekt vor dem Mut der Geschäftsführung, eine einmal getroffene, öffentlich verkündete Entscheidung zu revidieren und bessere Lösungen zu suchen. Das kommt nicht jeden Tag vor«, sagte Luis Sergio von der IG Metall Berlin.

»Betriebsrat und Belegschaft sind froh und erleichtert. Unser Kampf hat sich wirklich gelohnt«, sagte der Betriebsratsvorsitzende Güngör Demirci. Jetzt komme es darauf an, die Entscheidung der BSH-Geschäftsführung mit konkreten Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Fabrik zu untermauern. In diesem Punkt herrscht im Moment Funkstille. Konkretes Ziel des Betriebsrats ist eine Arbeitsplatzgarantie von fünf Jahren, sagte Huseyn Ak-yurd, Betriebsratsmitglied und Vertrauenskörperleiter.

Bevor die Rücknahme des Schließungsbeschlusses bekannt wurde, ging es bei den Verhandlungen zwischen Betriebsleitung, Betriebsrat und IG Metall

darum, für die von Entlassung betroffenen Beschäftigten einen Sozialplan auszuhandeln. Dieser lag schon auf dem Tisch, und er war sehr gut ausgefallen – nicht zuletzt, weil die Belegschaft während der Auseinandersetzung deutlich an Stärke und Organisationsgrad zulegte. Ende

Nerv. Einen Standort aufzugeben, der trotz fehlender Erneuerungsinvestitionen schwarze Zahlen vorzuwies, brachte die Spandauer Metaller und Hunderte Kollegen aus benachbarten Betrieben auf die Straße und das Thema in die Schlagzeilen der Hauptstadtresse.



Foto: transit-berlin / v. Polenz

Demonstrationen gegen Werks-Schließung: »Kampf hat sich gelohnt«

August hatte die IG Metall unter den 1600 Beschäftigten 300 neue Mitglieder gewonnen.

Die Aufgabe des Berliner Werks und die Vernichtung von 700 Arbeitsplätzen hätten die Existenz Hunderter Familien gefährdet. In einer Stadt, die täglich neue Meldungen von Arbeitsplatzabbau zu verkraften hat, traf die Ankündigung der BSH, das Werk Ende 2006 zu schließen, einen empfindlichen

Die Verhandlungen der IG Metall und des Betriebsrats mit den Arbeitgebern wurden von Protestkundgebungen und Solidaritätsaktionen begleitet. Auch der BSH-Gesamtbetriebsrat unterstützte die Berliner.

Mitbestimmung zwingt zum Kompromiss. Wenn gut organisierte Arbeitnehmer und ihre Vertreter im Betrieb mitentscheiden, sind Alternativen zur Betriebsschließung möglich. ◀

gungssicherungs-Tarifvertrag angewendet und die Arbeitszeit abgesenkt. Parallel dazu werden Abfindungsangebote gemacht, eine Beschäftigungsgesellschaft sowie Altersteilzeit angeboten. Weiterbildung soll Mitarbeiter befähigen, andere Arbeitsplätze im Konzern zu finden. »Dieses Ergebnis zeigt, dass es Alternativen zum phantasielosen Beschäftigungsabbau gibt«, sagt der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber. ◀

Siemens, München

Erhalt von Arbeitsplätzen

Die IG Metall und der Siemens-Gesamtbetriebsrat einigten sich mit dem Management auf Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze in der Deutschland-Vertriebs- und Service-Organisation und speziell in der Kommunikationssparte COM. Danach werden in Übereinstimmung mit dem Anfang 2005 abgeschlosse-

nen Tarifvertrag alle 12000 Beschäftigten der Siemens-Service-Gesellschaften zum 1. Oktober 2005 wieder in die Siemens AG integriert. Die Probleme speziell in der COM-Sparte werden jetzt durch ein Bündel von Maßnahmen angegangen. Um betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern, wird der Beschäfti-

Außenansicht

Hurrikan »Katrina«

Die Warnung

»Katrina«, jener schwere Hurrikan, der die Golfregion der USA verwüstete und New Orleans unter Wasser setzte, ist eine Warnung – nicht nur für die USA. Sicher ist, dass der Klimawandel, an dem die USA kräftig mitwirken, die Gewalt der Stürme mit anfanct. Also selbst schuld, Mr. Bush? Halt. Schadenfreude ist nicht angebracht. Wer in den vergangenen Jahren die deutsche Diskussion über ein Hochwasserschutzgesetz verfolgt und die erfolgreichen Interventionen der Wirtschaftsgruppen und ihrer Partnerparteien gegen die ökologische Vernunft erlebt hat, weiß, dass kein Anlass besteht, das Problem nur in den Vereinigten Staaten zu orten.

Als die Umweltbewegung Ende der 70er-Jahre ihre Themen auf die Agenda setzte, da waren apokalyptische Szenarien wie Hochwasser- und Sturmrekorde im Jahresrhythmus noch Schreckensvisionen in ferner Zukunft. Heute, da sich viele der Befürchtungen bewahrheiten, gerät Umweltpolitik weltweit unter den Druck einer immer aggressiver auftretenden Wirtschaftslobby, die die Regierungen vor die Scheinalternative »Jobs oder Umwelt« stellen.

Aber Zukunftsfähigkeit ergibt sich nicht durch die Summe betriebswirtschaftlicher Kurzsichtigkeiten. New Orleans ist insofern auch ein Appell für die politisch geleitete Gestaltung von Zukunft – und gegen den Irrsinn dieser Wirtschaftsweise, in den USA wie im Rest der Welt. ◀



Bernd Pickert, Redakteur im Auslandsressort der »taz, die Tageszeitung«

Abschied

Erwin Vitt, 13 Jahre lang geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, wurde auf der Septembersitzung des Beirats verabschiedet. Der 63-Jährige zieht sich aus der »unmittelbaren Verantwortung« zurück, wie Jürgen Peters bei seinem Abschied sagte. Vitt hat nahezu 20 Jahre lang die Wege der IG Metall in entscheidender Funktion mitbestimmt. Dabei war dem CDU- und CDA-Mitglied diese Karriere als Gewerkschafter wahrlich nicht in die Wiege gelegt worden. Erst mit knapp 30 Jahren trat er der IG Metall bei. Im Vorstand war er zunächst für Handwerk und ausländische Arbeitnehmer zuständig. Und dann schließlich für die Jugend und die Berufsbildung. Er hat sich mit höchster Nachdringlichkeit für die Jugend und ihre Interessen eingesetzt. Unter dem Leitspruch »Wir machen Berufe« schrieb er eine gewerkschaftliche Erfolgsstory. Im Wahlkampf



Foto: Meinh Ylmaz

1998, als die Jugend in einer Aktion symbolisch eine Kohl-Puppe im Main versenkte, verteidigte er diese Aktion. Wer keine vernünftige Politik für Jugend und Ausbildungsplätze macht, darf sich nicht wundern, wenn die Jugend ihrem Frust mal etwas drastischer Luft macht, hielt er seinen protestierenden Parteifreunden vor. »Du verlässt heute Deinen Arbeitsplatz, aber Du bleibst Metaller aus tiefer Überzeugung«, würdigte ihn Jürgen Peters. Zu seiner Nachfolgerin wählte der Beirat Regina Görner (siehe Seite 31). ◀

Ausbildungsbilanz

100 000 Bewerber gucken in die Röhre

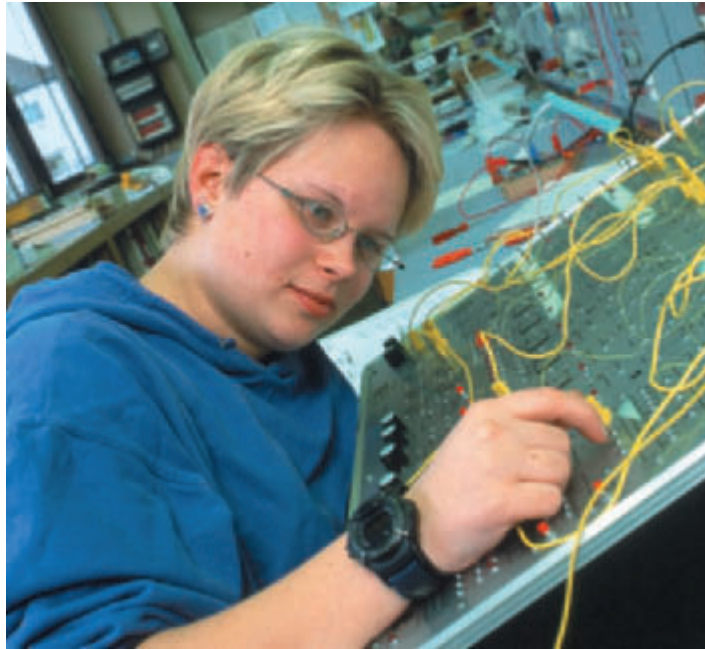


Foto: Laif / Brockhoff

Eine Auszubildende der Energieelektronik: Unerfüllte Versprechungen

Rund 100 000 Jugendliche stehen zu Beginn des neuen Ausbildungsjahrs 2005 ohne Lehrstelle da.

Verglichen mit 2004, hat sich das Lehrstellenangebot zwar um 15 000 oder 2,8 Prozent erhöht. Doch das reicht noch nicht einmal, um die demografisch bedingte Zunahme an Bewerbern zu versorgen. Unter dem Strich, schätzt die IG Metall, sind in diesem Jahr 100 000 Bewerber leer ausgegangen.

Entsprechend ist die Zahl auszubildender Betriebe auf den historischen Tiefstand von 23,4 Prozent abgesackt. »Wer da von einem erfolgreichen Ausbildungspakt spricht, muss mindestens auf einem Auge blind sein«, klagt IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner, für Berufsbildung zuständig.

Als Flop erweisen sich auch die »Einstiegsqualifikationen« im Rahmen des »Pakts«. Damit sollten Bewerber mit schlechten

Noten im Betrieb »ausbildungsreif« gemacht werden – auf Kosten der Arbeitsagenturen. In Wirklichkeit erhalten Betriebe so die Chance, Jugendliche monatelang zu testen. Karen Schöber von der Bundesagentur: »Wir machen die Erfahrung, dass viele Betriebe an Einstiegs-

»Versprechen der Politik haben sich nicht erfüllt.«

qualifikanten fast die gleichen Anforderungen stellen wie an normale Azubis.« Zu höheren Ausbildungsquoten führt die Testerei allerdings nicht.

Währenddessen baut sich in Deutschland eine riesige Bugwelle arbeitsloser und un ausgebildeter Jugendlicher auf. So waren im vergangenen Juli rund 630 000 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, 82 000 mehr als ein Jahr zuvor. Zusammen mit den Jugendlichen in berufsvorbereitenden Maßnahmen waren beim Start ins neue Ausbildungsjahr rund

Übernahme

Gute Perspektiven

Freude in Hannover: Nach langen Verhandlungen und Protestaktionen von 350 Jugendlichen haben die niedersächsischen Metall-Arbeitgeber eingelenkt. Auch in Zukunft werden alle Azubis nach ihrer Ausbildung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen – mindestens zwölf Monate lang.

Darüber hinaus haben sich die Arbeitgeber verpflichtet, in den nächsten drei Jahren rund 1100 Auszubildende jährlich einzustellen.

Für Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, ist die Vereinbarung wegweisend. »Junge Menschen erhalten gerade angesichts der Massenarbeitslosigkeit eine Perspektive. Dieser Tarifvertrag bringt mehr als die zahllosen runden Tische und Ausbildungspakte.«

Zuvor hatten sich Niedersachsens Arbeitgeber vehement gegen die Übernahmeregelung gewehrt; angeblich verhindere sie Lehrstellen. ◀

eine Million Menschen ohne berufliche Perspektive. Regina Görner: »Die Versprechen der Politik, dass Jugendlichen insbesondere durch die Hartz-Reform geholfen wird, haben sich nicht erfüllt.«

Kein Wunder, dass die Stimmung unter den deutschen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren alles andere als hoffnungsfroh ist. Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge sehen zwei Drittel der Hauptschüler und jeder zweite Realschüler ihrer beruflichen Zukunft skeptisch entgegen. Görner: »Wer keine fundierte Berufsausbildung hat, ist in den Zeiten der Globalisierung besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht. Das wissen auch die betroffenen Schulabgänger.« ◀

Nachgefragt ...

Gleiche Bildungschancen

Bei Ländervergleichen in der Bildungspolitik schneidet Deutschland schlecht ab. Fast immer heißt die Diagnose: Das System benachteiligt Kinder aus »bildungsfernen« Haushalten.

metall: Gleiche Chancen für alle Schüler – ist das noch Ziel der aktuellen Bildungspolitik?

Röder: Nein. Vor allem in den CDU-regierten Bundesländern werden die Übergänge zwischen den Schulformen immer schwieriger. Da werden neue Hürden im Bildungssystem aufgebaut. Nach dem Motto: Einmal auf der Verliererstraße, immer auf der Verliererstraße. Das darf aber nicht sein.

metall: Wie ist mehr Gerechtigkeit im Bildungswesen zu erreichen?

Röder: Die Auslese beginnt ja schon im Kindergarten. Deshalb müssen Fördermaßnahmen hier ansetzen. Wichtige Schritte

»Schluss mit der frühen Auslese«

wären die Ganztagschule und eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit statt der frühen Aufteilung in verschiedene Schulformen. Und der Zugang zu den Hochschulen muss für junge Leute mit Berufserfahrung leichter werden.

metall: Welche Folgen hätten Studiengebühren?

Röder: Allein durch die Ankündigung stagniert die Zahl der Studienanfänger. Studiengebühren sind Gift für eine Gesellschaft, die zunehmend auf das Wissen ihrer Bürger angewiesen ist. Und sie sind im höchsten Maß unsozial.

metall: Auf der Rangliste der Bildungsnationen hat Deutschland einen schlechten Platz – mehr als ein Schönheitsfehler?

Röder: Ja, natürlich. Andere Länder zeigen uns, dass zwischen Chancengleichheit und der Qualität der Bildungssysteme ein enger Zusammenhang besteht. Wenn wir den Wert der Facharbeit stärken und den Anteil akademisch ausgebildeter Arbeitnehmer auf den gleichen Stand bringen wollen wie andere Industrieländer, geht kein Weg an mehr Chancengleichheit vorbei. Nur dann können wir das innovative Potenzial der Menschen ausschöpfen.

metall: Soll sich die IG Metall überhaupt mit Schule und Hochschule befassen?

Röder: Unbedingt, und ich wünsche mir, dass Bildungsfragen noch mehr zum Thema



... bei Wolf Jürgen Röder, im Vorstand der IG Metall zuständig für Bildungspolitik

werden als bisher. Die Pisa-Ergebnisse haben uns daran erinnert, dass wir in den 70er-Jahren mit den Arbeitskreisen Schule und Arbeitswelt sehr erfolgreich waren. Hier setzen wir – gemeinsam mit dem DGB – wieder an. ◀

Kommentar

Die Geiseln wehren sich



Im hohen Norden gibt es jetzt für eine Reihe von Schichtarbeitern eine Art »Kombi-lohn«.

metall-Korrespondent Volker Hermsdorf über die Erpressung bei Philips

Der Arbeitgeber zahlt ihnen nur noch einen Teil des zum Leben notwendigen Geldes

– der Rest kommt vom Sozialamt. Das Besondere: Der Arbeitgeber ist nicht etwa eine marode Klitsche in einem strukturschwachen Grenzgebiet, sondern der Weltkonzern Philips in der Metropole Hamburg.

Seit Juli hat der Elektronik-riesen in seinem dortigen Halbleiterwerk Philips Semiconductors den am stärksten belas-

teten Schichtarbeitern die Löhne und Gehälter um bis zu 625 Euro pro Monat gekürzt. Bei Bruttoeinkommen von 2200 bis 2500 Euro. Betroffen sind mehr als 800 der 2300 Beschäftigten. Viele von ihnen fallen jetzt noch unter die Hartz IV-Sätze.

Mit Streichung der Schichtzulagen nehmen die Konzernchefs ein Drittel der Belegschaft ihrer Chipfabrik in Geiselhaft. Sie erpressen Beschäftigte, Betriebsräte und IG Metall. Ursprüngliches Ziel war eine Senkung der Lohn-

kosten in Hamburg um bis zu 25 Prozent.

Wirtschaftliche Gründe können als Rechtfertigung nicht erhalten. Mit dreistelligen Milliongewinnen gehört Semiconductors zu den profitabelsten Bereichen des Konzerns. Und trotz Schwankungen ist die Chipfertigung nach wie vor ein Boom-Bereich.

Offenbar geht es um mehr als nur um Geld. Es geht ums Prinzip. Und darum, auszutesten, wie viel Beschäftigte, betriebliche Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaft sich abpressen lassen. Es geht nicht um Sach-, sondern um Machtfragen. Die Mit-

glieder im Betrieb sind seit Beginn in alle Phasen der Auseinandersetzung aktiv einbezogen und an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt. Anfang des Jahres hatte die IG Metall Küste von allen Mitgliedern eine 20-köpfige betriebliche Tariff Kommission wählen lassen, die die Mitglieder regelmäßig informiert und befragt. Neben dem Beteiligungsprinzip nennt IG Metall-Verhandlungsführer Christian Schoof auch juristische Gründe dafür: »Bei etwaigen Abweichungen von Tarifverträgen wird in bestehende Tariffrechte von Mitgliedern eingegriffen. Ein solcher Eingriff muss durch die Mitglieder legitimiert werden.«

Die aktive Beteiligung der Mitglieder und deren anhaltender Widerstand haben dazu geführt, dass Philips bereits von seinen Maximalforderungen abrücken musste. Vielleicht ist dies ein Ansatz, der zunehmenden Erpressung von Belegschaften etwas entgegenzusetzen. ◀

Protest bei Philips Semiconductors in Hamburg: Es geht um Machtfragen





Foto: picture-alliance / dpa / ZDF / Detmers

»Elefantenrunde« im Fernsehen nach der Wahl: »Wähler haben sich nicht einschüchtern lassen«

Die Wähler haben souverän entschieden

Was ist in die Wählerinnen und Wähler gefahren? Mit Jubel, Entsetzen, Freude, Stolz oder Erschöpfungseuphorie haben die Parteimitglieder auf die Wahlergebnisse am Abend des 18. September reagiert.

Die Grundstimmung bei unternehmerischen Führungskräften, wirtschaftlichen Experten und bürgerlichen Eliten war dagegen verhalten: Das Wahlergebnis komme einem Desaster nahe. Das Volk habe eine rätselhafte, gefährliche Wahlentscheidung getroffen. Es habe trotz einer dramatisch zugespitzten Lage des Landes nicht begriffen, wie dringend weitere Reformen seien.

Das Wahlvolk hat souverän entschieden. Es hat sich nicht von Katastrophen- und Drohszenarien einschüchtern lassen, die von der bisherigen Opposition verbreitet und vom Bundespräsidenten entworfen wurden. Das Gewicht einer Richtungs- und Schicksalswahl konnte ihm nicht eingeredet werden.

Die Wähler haben den eigenen Willen behauptet – gegen bürgerliche, von der Indus-

trie finanzierte Kampagnen für eine neue soziale Marktwirtschaft, gegen Offensiven eines fälligen Wechsels, die von Massenmedien inszeniert wurden, und schon gar nicht gegen die Erpressungsversuche mächtiger Konzernchefs, die Betriebe und Belegschaften zum Nachgeben genötigt haben.

Den Willen des Wahlvolks anschließend politisch zu entschlüsseln, gehört zum Auftrag der gewählten Parteien. Dass sie dabei Interessen und Macht spielen lassen, ist nicht zu beanstanden, solange sie kontrolliert vorgehen. Alle Agenda-Parteien gaben sich ja vor der Wahl bekehrt: Sie hatten in ihren Wahl- und Regierungsprogrammen den Themen der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit einen ersten oder sehr hohen Rang eingeräumt. Ist es verwerflich, dass die Wählerinnen und Wähler sie beim Wort genommen und sensibel reagiert haben?

Leicht zu entschlüsseln ist wohl, dass das Wahlvolk eine Fortsetzung oder gar eine Zuspitzung des seit 20 Jahren öffentlich propagierten marktradikalen, wirtschaftsliberalen Großexperiments, das die Arbeitsmärkte entregelt und Schutzrechte der Arbeitnehmer aushöhlt, eine Absage erteilt hat. Der besondere Kündigungsschutz, der Tarifvertrag, die Rechte der Betriebsräte und die unternehmerische Mitbestimmung sind unter großen Opfern erkämpft worden. Sie gehören zur Architektur eines sozial gezähmten Kapitalismus und werden nicht widerstandslos preisgegeben.

Aber auch der Kanzler-Agenda ist die Zustimmung verweigert worden. Wirtschaftliches Wachstum dadurch zu erzeugen, dass die politische Klasse eine Abwärtsspirale derjenigen in Kauf nimmt, die bereits an und unter der Armutsgrenze oder in einer prekären Lebenslage leben, wurde als ungerecht empfunden. Erst recht eine systemsprengende Demontage der Solidarität, die gesellschaftliche Risiken, die nicht durch persönliches Verhalten verursacht sind, individualisiert und der privaten Vorsorge auch derjenigen zuweist, denen die Mittel dazu fehlen. Das untere Drittel der Bevölkerung musste nicht belehrt und darüber aufgeklärt werden, dass die Agenda 2010 ohne Alternative sei.

Die Agenda 2010 war fehlerhaft begründet. Große Erzählungen über einen angeblich-

chen Globalisierungsdruck und eine diffuse demografische Entwicklung haben die Einsicht übertüncht, dass die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit hausgemacht sind, und dass die Wachstumserwartungen, der Beschäftigungsgrad und die Produktivität – und nicht die biologische Zusammensetzung der Bevölkerung – darüber entscheiden, ob die sozialen Sicherungssysteme finanzierbar sind. Das Reformspektakel der Hartz-Gesetze hat weder Risse in der Gesellschaft entschärft noch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Dieses Defizit an sozialer Gerechtigkeit sowie die geringe Wirksamkeit der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Einschnitte waren der Anlass für außerparlamentarische Proteste, für die Montagsdemonstrationen in den neuen Bundesländern und das Auftreten der Linkspartei. Wie schon mehrmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist jetzt auf das politische Ausblenden eines wichtigen Themas sowie auf die strukturelle Benachteiligung von Mitgliedern der Gesellschaft mit solidarischem Protest, mit der Bildung zivilgesellschaftlicher Gegenmacht und mit der Gründung einer parteipolitischen Formation reagiert worden. Im neuen Parlament ist das Spektrum der Interessen der Bevölkerung, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, besser abgebildet als im alten, insbesondere derjenigen, die in den neuen Bundesländern, sowie derer, die Armut und prekären Wohlstand leben. Wie die Alt-Parteien jedoch in ihrer politischen Rhetorik die Linkspartei auszugrenzen, ist aus der Sicht demokratischer Spielregeln ziemlich stilllos.

In den Koalitionsgesprächen sollten die Themen verhandelt werden, denen in den Wahlprogrammen und im Wahlkampf ein besonderes Gewicht beigemessen wurde. Gegenstand der Vereinbarungen sollte eine leistungsfähige, bewusst sozial und ökologisch gestaltete Marktwirtschaft sein – und jeweils die zwei Seiten einer Münze: Neben die Arbeitsmärkte sollten die Finanz- und Gütermärkte als vorrangige Stellgröße für mehr Wachstum und Beschäftigung treten. Anstatt auf eine international wettbewerbsfähige Exportindustrie fixiert zu bleiben, sollte die Binnennachfrage belebt, die Arbeit am Menschen in den Sektoren Bildung, Gesundheit und Kultur erschlossen sowie eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik bejaht werden. ◀

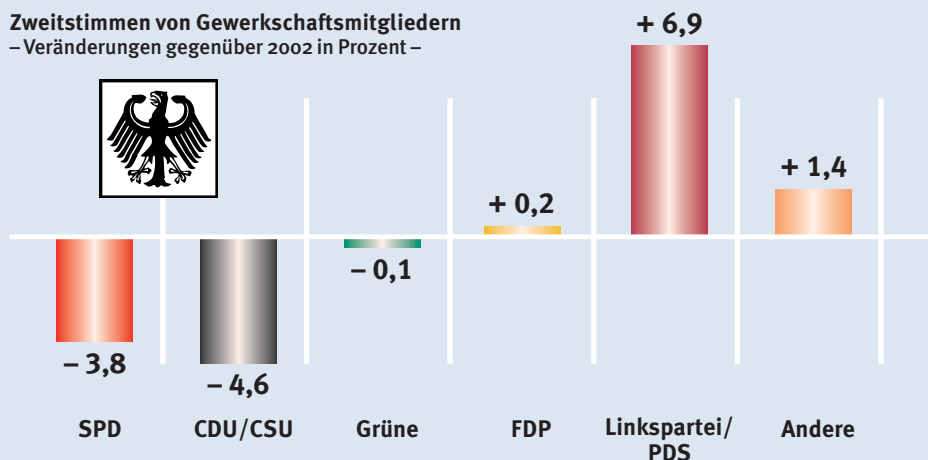
Friedhelm Hengsbach

Klare Mehrheit links von der Mitte

So verwirrend, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, ist das Wahlergebnis nicht.

Gewinner und Verlierer

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern
– Veränderungen gegenüber 2002 in Prozent –



Quelle: einblick, Forschungsgruppe Wahlen

Zwar ist es kompliziert, eine regierungsfähige Koalition zu bilden, doch was die Wählerinnen und Wähler wollen, ist deutlich: keine Reformpolitik à la Merkel und Kirchhof. Rechnerisch ergibt sich aus den Stimmen für die SPD, die Grünen und die Linkspartei/PDS eine Mehrheit für Reformpolitik, die Arbeitnehmerinteressen in den Vordergrund stellt.

Noch deutlicher als in der gesamten Bevölkerung ist das Votum für eine Mehrheit links der Mitte unter den Gewerkschaftsmitgliedern, stellt die Forschungsgruppe Wahlen fest. Sie untersucht im Auftrag des DGB-Infodienstes »einblick« speziell das Wahlverhalten von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Die wählten die SPD mit 47,4 Prozent, die Grünen mit 8,4 und die Linken mit 11,8 Prozent. Was zusammen traumhafte 67,6 Prozent ergibt. Aber auch Rot-Grün hätte unter den organisierten Arbeitnehmern mit 55,8 Prozent einen klaren Regierungsauftrag bekommen.

Trotzdem hat die SPD bei den Gewerkschaftern – vor allem in Ostdeutschland – enorm Federn lassen müssen: Hier kam sie statt auf 46 Prozent bei der letzten Bundestagswahl nur noch auf 34,5 Prozent. Nicht so

drastisch waren die Verluste im Westen: hier ging der SPD-Anteil von 52,4 Prozent 2002 auf jetzt 50,1 Prozent zurück. Nutznießer dieses Trends ist in Ost und West die Linkspartei/PDS. Sie schafft bei ostdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern 30,3 Prozent, bei den westdeutschen Kollegen acht Prozent (2002: 1,5 Prozent). Sie hat bei den Gewerkschaftsmitgliedern besonders unter den Angestellten Freunde gefunden: Sie entscheiden sich zu 13,8 Prozent für die Linken (Arbeiter: zwölf Prozent, Beamte: 8,1 Prozent). Von den Arbeitslosen (deren mögliche Gewerkschaftszugehörigkeit hier nicht erfasst ist) machten 24,8 Prozent ihr Kreuzchen bei der Linkspartei/PDS.

Im Vergleich zu 2002 verlor die SPD bei den organisierten Arbeitern 3,2 Prozentpunkte, bei den Angestellten sogar 10,6. Eindeutig sind die Gewinne für die Linkspartei: ein Plus von 8,1 Prozentpunkte gegenüber 2002 bei den Arbeitern und von 7,2 bei den Angestellten.

Bei den Arbeitslosen wurde die SPD mit 33,5 Prozent die stärkste Kraft, gefolgt von der Linkspartei/PDS mit 24,8 Prozent. Nur 20,1 Prozent der Arbeitslosen konnten sich für die CDU/CSU erwärmen. ◀



Foto: Marius Kirchgraber

**Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall**

Die Mehrheit der Deutschen hat für eine arbeitnehmerfreundliche Politik votiert.

Deutschland hat gewählt. Und das Ergebnis hat gegessen. Die Unternehmerverbände hatten klar auf Merkel und Westerwelle gesetzt. Dem »Genossen der Bosse«, wie Schröder von vielen Zeitungen in der Vergangenheit titulierte wurde, haben sie – was für eine Überraschung – letztendlich die Gefolgschaft verweigert. Die Wirtschaft reagierte prompt auf das Wahlergebnis, das nicht nach ihren Wünschen war: Der Präsi-

die sich eher mit der Farbenlehre von Koalitionen beschäftigen, als mit dem politischen Votum, ist das ein Dilemma. Aber die Menschen haben klar gewählt: Sie wollen Reformen, die gerecht und sozial sind.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben die Parteien mit unseren Themen, mit unserer Programmatik konfrontiert. Wir haben gefragt, wie haltet ihr es denn mit dem Kündigungsschutz, mit den Tarifverträgen, mit der Mitbestimmung, mit den Steuern? Die Parteien mussten um die Arbeitnehmer werben. Und die Analysen der Wahl waren klar. Die Menschen haben mehr denn je auf die Programme und weniger auf die Personen geachtet, die die Programme vertreten. Daran haben wir mit unseren Debatten,

Die Menschen wollen soziale und gerechte Reformen

dent des Verbands der Automobilindustrie, Bernd Gottschalk, drohte unverhohlen mit zusätzlichem Stellenabbau, wenn die Regierungsbildung länger dauern würde. Was für eine Arroganz der Macht.

Diese Wahl war ein Votum gegen die neoliberalen Politikkonzepte und ein Votum für soziale Gerechtigkeit. Die Linkspartei hat mit ihren Themen den Einzug in das Parlament geschafft. Die Grünen haben mit ihren ökologischen Schwerpunkten ihr Ergebnis gehalten. Die SPD hat im Laufe des Wahlkampfes die Agenda 2010 immer mehr in den Hintergrund gerückt und sich fast ausschließlich als Partei der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Ausgleichs präsentiert. Damit ist es ihr zumindest gelungen, aus dem tiefen Tal der Tränen wieder herauszufinden. Union und FDP haben hingegen alles getan, um den Menschen deutlich zu machen, dass die soziale Kälte unter ihrer Führung zunehmen wird. Eine schwarz-gelbe neoliberale Politik war nicht gewünscht, aber auch keine rot-grüne Agenda 2010-Politik. Für die Politstrategen,

Konferenzen und Tagungen zur Bundestagswahl einen großen Anteil.

Die Gewerkschaften haben keine Empfehlung gegeben, wählt diese oder jene Partei – und das war richtig. Wir haben im Wahlkampf Themen gesetzt. Am 18. September 2005 hat die Mehrheit der Deutschen für eine arbeitnehmerfreundliche Politik votiert. Wie auch immer eine Regierung in Deutschland gebildet wird, an diesem Wählerwillen kommt sie nicht vorbei.

Jürgen Peters

Siemens München

Illegale Datenschnüffelei

Die heile Siemenswelt erhält immr mehr Risse. Jetzt wurde bekannt, dass die Geschäftsleitung in der Münchener Hofmannstraße Betriebsratsdaten beschlagnahmen ließ. Helferin bei dieser unappetitlichen Aktion: die Münchener Staatsanwaltschaft.



Personenbezogene Daten auf dem Rechner: Skandalöser Datenklau in der Siemenszentrale in München

Datenschnüffelei in der Zentrale beim Münchener Weltkonzern: Nicht weniger als 13,8 Gigabyte Daten des Betriebsrats stellte die Firmenleitung sicher. Der an sich schon skandalöse Vorgang wird zum Politikum, weil ganz offensichtlich die Staatsanwaltschaft die Konzernleitung mit dem Durchforsten der Daten beauftragt hatte.

Der Hintergrund: Der Konzern hatte 2002/2003 versucht, im Betrieb Siemens Hofmannstraße Hunderte von Kündigungen auszusprechen. Diese wurden vom Arbeitsgericht zurückgewiesen.

Bereits damals hatte Siemens auf eine juristische Spitzfindigkeit gesetzt: Der Betriebsrat hätte gar keine Zeit gehabt, sich in der gebotenen Ausführlichkeit mit den Kündigungen zu beschäftigen, argumentierten die Siemens-Anwälte. Deswegen seien sie nichtig. Die entsprechenden Protokolle des Betriebsrats seien nachträglich verändert worden.

Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren »gegen unbekannt« wurde freilich einge-

stellt, die Kolleginnen und Kollegen gewannen die Prozesse samt und sonders. Damals hatte Siemens ZP die Klage eingereicht.

Diesmal klagte eine Privatperson wegen falscher eidesstattlicher Erklärung, Verdacht auf Prozessbetrug und (schon wieder) Urkundenfälschung. Diese Privatperson war niemand anderes als Rolf-Dieter Kasch, der Sprecher der Betriebsleitung in der Hofmannstraße. Inzwischen ist er in den Ruhestand getreten, seine Klage als »Privatmann«, war offensichtlich zugleich seine letzte Amtshandlung. Auch der zuständige Personalleiter, ohne dessen Beteiligung wahrscheinlich nichts gegangen wäre, hat Siemens inzwischen verlassen.

Schlechthin nicht nachvollziehbar ist, dass die Sicherstellung der gewaltigen Datenmenge ohne richterlichen Beschluss erfolgte. Auch die Sichtung der Daten wurde

nicht von der Staatsanwaltschaft oder von der Polizei vorgenommen, sondern pikanterweise von der Betriebsleitung selbst. IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer: »Die Staatsanwaltschaft München als Rechtspflegeorgan des Freistaats Bayern hat sich allzu bereitwillig für die illegale Datenschnüffelei der Firma Siemens prostituiert.«

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Heribert Fieber, um den es im wesentlichen geht, meint: »Wir wollen, dass die Belegschaft nach wie vor zum Betriebsrat kommt, um sich beraten zu lassen. Niemand soll befürchten müssen,

dass seine Angaben plötzlich bei der Geschäftsleitung landen, weil diese illegal mitliest. Ich habe deshalb dem Arbeitsdirektor ein Sechs-Augen-Gespräch unter der Beteiligung der IG Metall vorgeschlagen. Da soll geklärt werden, wie man vermeiden kann, dass sich Ähnliches wiederholt.«

Hans-Otto Wiebus

»Die Staatsanwaltschaft München hat sich allzu bereitwillig für die illegale Datenschnüffelei von Siemens prostituiert.«

Proteste gegen Lidl

Kundenwoche beim Discounter Lidl. Aber diesmal etwas anders: Die Gewerkschaft Verdi macht mobil. Metallerrinnen und Metalller unterstützen die Aktion.

Auf Frankfurts Haupteinkaufsstraße herrscht Hektik. Einige Menschen bummeln. Andere sind auf der Suche nach dem billigsten Angebot. Wer sein Glück bis jetzt noch nicht in einem der zahlreichen Warenhäuser gemacht hat, den zieht es vielleicht zu Lidl, dem zweitgrößten deutschen Discounter. Doch die Schnäppchenjäger müssen erst an Dora Riss vorbei, die sich vor der Filiale postiert hat. Die Verdi-Gewerkschaftssekretärin verteilt gemeinsam mit ihren Kollegen Solidaritäts-Postkarten an die Lidl-Kunden. Grund: Es ist Lidl-Kundenwoche, eine von Verdi ins Leben gerufene Aktion, mit der auf schlechte Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht werden soll.

Seit Monaten beschwerten sich immer mehr Beschäftigte bei Verdi. Sie berichten von unbezahlter Mehrarbeit, unangekündigten Taschenkontrollen, Kassieren im Akkord und anderen Verstößen gegen das Arbeitsrecht. Die Gewerkschaft sammelte und veröffentlichte diese Berichte in ihrem nach dem Lidl-Chef Dieter Schwarz benannten »Schwarzbuch«. Aufgrund der großen Resonanz entwickelte Verdi dann die Idee der »Kundenwoche«. »Wir wollen den Angestellten Mut machen« sagt Dora Riss, »Lidl soll endlich keine »betriebsratsfreie« Zone mehr sein«. Von den 2500 Lidl-Filialen, in denen rund 33 000 Menschen arbeiten hat sich in nur sieben Filialen die Belegschaft organisiert und einen Betriebsrat gewählt.

»Mir war nicht bewusst, dass die Lidl-Angestellten so schlechte Arbeitsbedingungen haben«, sagt eine aufgebracht Kundin und unterstützt die Aktion mit ihrer Unterschrift. Auch Metallerrinnen und Metalller unterstützen Verdi in ihrem Vorhaben. Sie übernahmen beispielsweise die Patenschaft für eine Filiale in Calw. Diese sollte geschlossen werden, weil sie laut Lidl angeblich zu wenig Umsatz bringt. Reiner Neumeister, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Freudenstadt, zweifelt an dieser Begründung. Er weiß, dass die Filiale ihren Umsatz sogar gesteigert hat. »Hier geht es doch gar nicht um Zahlen«, ärgert sich Neumeister. Er kennt den wahren Grund, warum die Filiale geschlossen werden soll: Ein Betriebsrat wurde gewählt. Um die aufmüpfigen Beschäftigten loszuwerden, will Lidl kurzerhand die Calwer Filiale schließen. Dage-

gen wehrt sich der Metaller zusammen mit Verdi, Beschäftigten und Kunden.

Auch in Frankfurt zeigen die Kunden Verständnis für das Anliegen der Gewerkschaft. Es ist kurz vor Feierabend bei Lidl. Die Gewerkschafterin Dora Riss verteilt ihre letzten Solidaritätskarten. Sie ist müde aber zufrieden: »Wir wollten mit unserem Aktionstag nicht zum Boykott aufrufen, sondern die Verbraucher über die ungerechten und unsozialen Arbeitsbedingungen informieren.« ◀

Isabell Bürger

Aus dem Lidl-Schwarzbuch

»Wir müssen 40 Produkte pro Minute scannen, sonst fliegen wir raus.« Kassiererin

»Zur Not werden auch Kündigungsgründe konstruiert; etwa ein Griff in die Kasse ...« Verkäuferin

»Ein Standardspruch der Vertriebsleiter ist: Es gibt über vier Millionen Arbeitslose, wollen Sie dazu gehören?« Beschäftigte

»Die Atmosphäre von Angst und Druck ist beklemmend.« Ehemaliger Vertriebsleiter



Verdi macht gegen Lidl mobil: »Angst und Druck bei der Arbeit«



Foto: transit-berlin / A. Polentz

Tarifvertrag Metall-Rente

Eine Angestellte bei Otis in Berlin:
»Viele nutzen die Metall-Rente«

Diese Rente ist sicher

Der Parteienstreit über die Zukunft der Sozialsysteme lässt nicht nach. Immer drängender wird für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Frage: Werde ich im Alter mit meiner Rente leben können?

Die gesetzliche Rentenversicherung kann künftigen Rentnergenerationen keine Sicherheit für einen gleich bleibenden Lebensstandard mehr bieten. Am Langzeittrend, dass immer weniger Beitragszahler für immer mehr Rentner aufkommen müssen und die Beiträge nicht unendlich steigen können, kann keine Partei etwas ändern. Dutzende Versicherer haben diesen Boom-Markt längst entdeckt. Ihre verlockenden Angebote schaffen aber lediglich eins: Verunsicherung.

»Ich habe mich für die Metall-Rente entschieden. Das ist eine sichere Sache, schließlich haben IG Metall und Gesamtmetall darüber einen Tarifvertrag«, sagt Günter Triebe, Betriebsratsvorsitzender im Werk Berlin der Otis GmbH.

Seit die Tarifparteien das Versorgungswerk Metall-Rente 2001 gründeten, hat es sich zum Musterschüler der Branche entwickelt. Mehrfach wurde es ausgezeichnet. Im Mai 2005 empfahl die Zeitschrift »Finanztest« den Pensionsfonds der Metall-Rente als einen

der besten in der Bundesrepublik. »Im Angestelltenbereich bei Otis haben viele das Angebot von Metall-Rente angenommen«, sagt Triebe. Sorgen macht ihm, dass bisher nur zehn bis 15 Prozent der gewerblichen Arbeitnehmer mit im Boot sind. »Ich kann das verstehen, denn Arbeiter haben traditionell weniger Geld übrig. Andererseits kann man schon mit einem Sparbetrag von 100 Euro brutto monatlich eine gute Rendite erzielen«, weiß er.

Günstig für Arbeitnehmer wirkt sich hier die staatliche Förderung aus, wie ein Rechenbeispiel zeigt: Ein Facharbeiter zahlt von 3000 Euro Bruttoverdienst 100 Euro direkt in die Pensionskasse der Metall-Rente. Weil er damit Steuern und Sozialversicherungsbeiträge spart, zahlt er unterm Strich nur 44,32 Euro. In die Altersvorsorge fließen aber 100 Euro. Dabei gilt: Je früher jemand anfängt, beispielsweise als Auszubildender, desto mehr Geld kommt im Alter zusammen.

»Einsteigen lohnt sich zu jeder Zeit«, sagt Günter Triebe. Als er vor drei Jahren in die Pensionskasse eintrat, war er 55. Im Jahr 2012 lässt er sich den Anlagebetrag auf einen Schlag auszahlen. Möglich wäre dann auch eine monatliche Rente. »Aber ich will das Geld lieber selbst in die Hand nehmen, vielleicht kaufe ich mir davon was Schönes«, sagt er. Auch

»Einsteigen lohnt sich zu jeder Zeit.«

Holger Rohde, Teamleiter bei der Metall-Rente-Beratungseinheit, will jetzt verstärkt Arbeiter und Arbeiterinnen für diese Form der betrieblichen Altersvorsorge gewinnen. »Wir können so günstige Konditionen bieten, weil wir in der Metall- und Elektroindustrie eine große Gruppe von Versicherten zusammenfassen. Die Arbeitgeber helfen Kosten sparen, weil das Geld nicht einzeln eingezogen wird, sondern über die jeweilige Buchhaltung. Und je mehr Leute sich anschließen, desto mehr lohnt es sich für alle. Außerdem können wir bei unseren Angeboten extrem schnell auf Gesetzesänderungen reagieren, weil wir sehr nahe bei der IG Metall und den Arbeitgebern sind. Übrigens haben sich auch viele Arbeitgeber,

die ansonsten nicht tarifgebunden sind, unserem Versorgungswerk angeschlossen«, betont Teamleiter Rohde. Regelmäßig zum Jahresende kommt der große Run auf die Metall-Rente. Kein Wunder, denn das ist die Zeit der ganz persönlichen Bilanzen und so mancher Entscheidungen für die Zukunft. Viele Beschäftigte setzen einen Teil oder ihr gesamtes Weihnachtsgeld für die Metall-Rente ein. Man kann ja statt monatlicher Beträge auch einmal im Jahr eine größere Summe einzahlen. Rohdes Team und seine Kolleginnen und Kollegen der bundesweit tätigen Metall-Rente-Beratungseinheit sind auf viel Arbeit eingestellt. ◀

Marlis Dahne

Alternative Motoren

Suche nach dem Auto der Zukunft



DC-Hybrid-Motor auf der IAA: Bis zu 20 Prozent niedriger Benzinverbrauch

Angesichts explodierender Ölpreise wird offensichtlich, dass die Autoindustrie jahrelang geschlafen hat. Motoren und Fahrzeuge wurden immer größer, der Spritverbrauch kaum reduziert. Die Entwicklung alternativer Motoren hatte nicht gerade oberste Priorität. Erst allmählich wachen die Ingenieure auf. Es ist klargeworden, dass Erdöl als Motorantrieb langfristig in die Sackgasse führt.

Die aktuelle Hitliste des ökologisch orientierten Verkehrsclubs Deutschland (VCD) für sparsame und umweltfreundliche Autos ist kein Ruhmesblatt für die deutschen Autobauer. Zwar hat der Mercedes A 160 CDI bei den Kompaktfahrzeugen den zweiten Platz geschafft – wegen der serienmäßig eingebauten Rußfilter. Doch unter den Top Ten der Auto-Umweltliste befindet sich nur ein einziges Fahrzeug aus dem Autoland Deutschland: Der Opel Corsa ECO 1.0 landete auf Platz 6. Das Fahrzeug besitzt ein Easytronic-Getriebe, bei dem ein Elektromotor die Schaltfunktion übernimmt. Hermann-Josef Vogt, stellvertretender VCD-Vorsitzender: »Noch nie haben Autos aus Deutschland beim VCD-Ranking so schlecht abgeschnitten wie in diesem Jahr.«

Weiter vorne auf Platz 1 steht der Toyota Prius mit Hybrid-Technik, 2004 bereits das »Auto des Jahres« in Europa und »Car of the Year« in den USA. Das Fahrzeug wird von einem Verbrennungs- und Elektromotor angetrieben, und per Dynamo-Prinzip wird die Bremsenergie zurückgewonnen und genutzt. Der Benzinverbrauch geht so auf knapp fünf Liter zurück, der Ausstoß von CO₂ sinkt um 30 Prozent.

Deutsche Hersteller hatten diese Technik jahrelang belächelt – ohne selbst Alternativen zu entwickeln. Mit der Folge, dass die hohen Spritpreise immer tiefere Löcher in die Bud-

Foto: NetChaut

MetallRente 

**Betriebliche
Altersversorgung –
Die klügere
Vorsorge fürs Alter.**

Info unter www.metallrente.de

gets der Autofahrer reißen und klimaverändernde CO₂-Emissionen aus den Auspuffrohren anhalten. Die selbstgesetzten Ziele der Automobilindustrie, bis 2008 den CO₂-Ausstoß von Treibhausgasen auf 140 Gramm je Kilometer zu senken, gelten jedenfalls längst als unrealistisch. Nach Angaben des VCD schleudern PKW aus deutscher Produktion je Kilometer immer noch 178 Gramm CO₂ in die Atmosphäre, das ist gerade mal ein Gramm weniger als im vergangenen Jahr.

Auch der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Ernst-Ludwig Winnacker, geht die deutschen Autobauer hart an. »Es gibt Autos auf der Welt, die die selbe Leistung bringen und nur die halbe Menge Benzin verbrauchen«, mahnte er. Als möglichen Grund für die spärlichen Fortschritte bei der Forschung sei womöglich die Vorliebe für den Tempo-Wahn. »Hybrid-Autos haben derzeit nur bei den allerhöchsten Geschwindigkeiten einen Nachteil. Vielleicht werden sie deswegen nicht entwickelt. Die logische Antwort wäre ein Tempolimit.«

Die Zeit drängt und sicher ist: Wenn die Automobilhersteller weiter schlafen, stehen hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel. Kein Wunder, dass die Entwicklungsabteilungen aufgeschreckt sind und die Erkenntnis wächst, dass der Weg »Weg vom Öl« für den Automobilstandort Deutschland überlebenswichtig ist.

Sprit aus Pflanzen: Sunfuel

So sind VW-Ingenieure in Isenbüttel dabei, die Vorteile von Otto- und Dieselmotoren in einem kombinierten Verbrennungsmotor zu vereinen (Combined Combustion System, CCS). »Wir stimmen diesen Antrieb auf den Kraftstoff der Zukunft ab«, sagt VW-Projektleiter Christoph Kohnen.

Kraftstoff der Zukunft könnte Pflanzensprit sein – beispielsweise »SunFuel« aus nachwachsenden Rohstoffen. Eine Pilotanlage für diesen Kraftstoff, bei der mittels der Fischer-Tropsch-Synthese Holz, Pflanzen und getrockneter Klärschlamm verarbeitet werden, wird derzeit von der Firma Choren

»Es gibt Autos auf der Welt, die die selbe Leistung bringen und nur die halbe Menge Benzin verbrauchen.«

Ludwig Winnacker, Präsident der deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

in Freiberg (Sachsen) betrieben. Volkswagen, Daimler-Chrysler und das Bundeswirtschaftsministerium sind beteiligt.

Der Pflanzensprit besitzt nicht nur gute Verbrennungseigenschaften, sondern emittiert auch weniger Schadstoffe. Im nächsten Jahr ist eine Produktionsanlage für 15 000 Tonnen Kraftstoff vorgesehen, bis 2010 Kapazitäten für eine Million Tonnen

BTL (Biomass to liquid)-Kraftstoff. Das gesamte Potential ist noch weitaus größer. Die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe, die dem Verbraucherschutzministerium un-

tiert auch weniger Schadstoffe. Im nächsten Jahr ist eine Produktionsanlage für 15 000 Tonnen Kraftstoff vorgesehen, bis 2010 Kapazitäten für eine Million Tonnen

BTL (Biomass to liquid)-Kraftstoff. Das gesamte Potential ist noch weitaus größer. Die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe, die dem Verbraucherschutzministerium un-

Nachgefragt ...

metall: Für den Verband der Automobilindustrie (VDA) haben die Autohersteller die Energiewende schon geschafft. Grund: Neuwagen bräuchten nur noch 6,8 Liter Benzin. Hat der VDA recht?

Hubmann: Der reelle Verbrauch liegt mindestens bei acht Litern. Statt die Statistiken zu schönen, sollte die Autoindustrie effektivere Techniken entwickeln. Das würde nicht nur den CO₂ Ausstoß verringern, sondern auch den Geldbeutel der Autofahrer schonen.

metall: Greenpeace hat schon 1995 ein alltagstaugliches 3,3 Liter-Auto vorgestellt. Warum greift die Autoindustrie Ihre Anregungen nicht auf?

Hubmann: Die Industrie nimmt unsere Technik leider erst jetzt auf – beispielsweise im Golf GT, den VW auf der IAA vorstellte. Doch auch dieses Fahrzeug schluckt durchschnittlich mehr als sieben Liter.

metall: Was ist der Grund?

Hubmann: Die Autos werden bei jedem Modellwechsel zehn bis 15 Zentimeter länger und 50 bis 100 Kilo schwerer. In den vergan-

genen 30 Jahren hat sich das Gewicht der Fahrzeuge verdoppelt. Das kostet Energie.

metall: Dass der Weg weg vom Öl führt, ist heute Konsens. Wie sieht das Auto der Zukunft aus?

Hubmann: Es hat keinen Tank mehr, sondern einen Elektromotor, der über eine Induktionsschleife und regenerative Energie versorgt wird. Mittelfristig, also in den nächsten 20 Jahren, sollten die Motoren verkleinert und die Gewichte reduziert werden. Würde der Golf GT nur 800 Kilo wiegen, läge der Verbrauch bei 4,5 Liter.

metall: Sind gesetzliche Vorgaben, wie sie Michael Müller (SPD-MdB) vorschlägt, angesagt?

Hubmann: Natürlich, sonst werden die Autohersteller nichts bewegen. Möglich wäre aber

auch, dass die Verursacher zahlen: Neben dem Verbrauch und den CO₂-Emissionen könnten auch das Gewicht und der Platzverbrauch besteuert werden. Auf diese Weise würden überflüssige Belastungen des Autofahrens den Verursachern angelastet. Gleichzeitig könnten die Autofahrer mit ihren Kaufentscheidungen die Hersteller auf die richtige Spur bringen. ◀

... bei **Günter Hubmann**, Referent für Auto, Technik und Verkehr bei Greenpeace in Hamburg.

Foto: Michael Schöne





Modell einer Erdgas-Zapfsäule auf der IAA: 3,50 Euro Kraftstoffkosten für 100 Kilometer

terstellt ist, geht von einem Hektar-Ertrag von 4000 Liter BTL-Kraftstoff aus. Damit ließe sich ein Viertel des gesamten deutschen Spritverbrauchs abdecken.

Bioethanol als Chance

Auch Ford setzt auf Biosprit – genauer: Bioethanol. Seit August sind zwei Fahrzeugtypen mit der sogenannten »Flexifuel«-Technik für Ethanol – Sprit auch in Deutschland auf dem Markt (Ford Focus Flexi-Fuel, Kompakt-Van Ford Focus C-Max Flexi-Fuel). In Schweden rollen bereits 15 000 Ethanol-Autos. Beide Autos kosten nur 300 Euro mehr als Normal-Benziner.

Bioethanol wird aus nachwachsenden Rohstoffen wie Getreide, Zuckerrüben oder Holz produziert und kann mit normalen Motoren gefahren werden. Lediglich kleinere Veränderungen sind erforderlich: Die Ventile müssen aus härterem Stahl gefertigt sein, Tank und kraftstoffführende Teile extrem korrosionsbeständig sein. Dafür sind die Betriebskosten nach Angaben von Ford 20 Prozent günstiger als bei Sprit aus Erdöl, und beim Verbrennen entsteht 80 Prozent weniger CO₂.

Wegen des fehlenden Tankstellennetzes eignen sich solche Autos jedoch lediglich für Kommunen oder private Fuhrparks. Außerdem stellt sich die Frage, ob ein separates Tankstellennetz überhaupt sinnvoll ist. Bioethanol kann nämlich herkömmlichem Sprit in beliebiger Konzentration beigemischt werden. Auch vor diesem Hintergrund erwartet die EU

von ihren Mitgliedsländern, den Anteil biogener Kraftstoffe bis 2010 auf 5,75 Prozent zu erhöhen. Derzeit liegt er bei zwei Prozent.

Erdgas als Alternative

Für die von Opel (Zafira 1,6 CNG, Astra Caravan 1,6 CNG), Ford (Transit, Focus C-Max) und demnächst auch von Volkswagen (Caddy Life EcoFuel, Touran) angebotenen Autos mit Gasantrieb sieht es da besser aus, denn ein Netz von rund 650 Tankstellen bietet eine relativ gute Versorgung. Bis zum nächsten Jahr sollen es schon Tausend sein. Derzeit werden auf Deutschlands Straßen über 20 000 gasgetriebene Autos bewegt, die meisten davon hat Opel geliefert. Gas ist zwar ein fossiler Rohstoff wie das Erdöl. Beim Verbrennen entweichen aber, verglichen mit Benzinern, 20 Prozent weniger Kohlendioxid (CO₂) und 60 Prozent weniger Stickoxide (NOX). Außerdem reichen die Erdgasvorräte noch 160 Jahre.

Gerade angesichts explodierender Benzinpreise könnten Erdgasfahrzeuge daher eine Alternative sein. Nach Angaben von Opel liegen die Kraftstoffkosten gerade mal bei 3,50 Euro je 100 Kilometer. Bei Aufpreisen von knapp 3000 Euro je Fahrzeug lässt sich leicht ausrechnen, wann sich die Investition lohnt.

Hybrid-Antrieb: Treibstoff sparen

Auch der Hybridantrieb, bei dem je nach Bedarf Verbrennungs- oder Elektromotoren zum Zug kommen und Bremsenergie genutzt werden kann, steht bei den deutschen Autobauern wieder auf der Agenda. Nach Angaben von DC verbrauchen solche Motoren im Stadtverkehr bis zu 20 Prozent weniger Benzin.

Viel zu lange waren Hybridantriebe in den Entwicklungsabteilungen verpönt. Und steu-

Infos

► **Öko-Checkliste. Wie umweltfreundlich sind Neuwagen wirklich?**

www.ace-online.de/leitfaden

► **Auto-Umweltliste 2005/2006**, herausgegeben vom Verkehrsclub Deutschland (VCD), www.vcd.org

► **www.erdgasfahrzeuge.de**

► **»Alternative Antriebstechnik«**
www.umweltbundesamt.de/verkehr/index-alternativ.htm ◀

erliche Vorteile, wie in den Niederlanden, sind bis heute tabu. Jetzt gehen Experten davon aus, dass Toyota bei der Hybridentwicklung mindestens fünf Jahre Forschungsvorsprung hat. Doch die deutschen Autobauer wollen aufholen. Um ihr Know-how zu bündeln, planen BMW, DC und GM eine Kooperation. In einem Entwicklungszentrum in Troy, Michigan

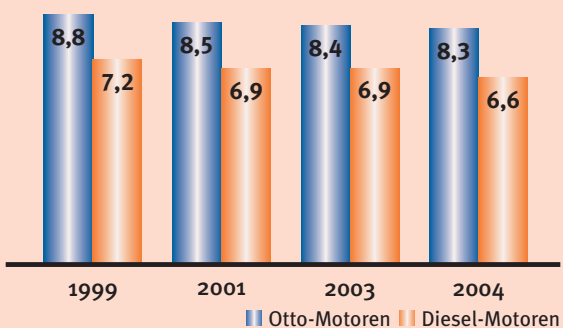
Prototyp-Anlage zur Herstellung von Pflanzensprit in Freiberg (Sachsen): 4000 Liter je Hektar

Foto: picture-alliance / ZB / Theme



Kraftstoffverbrauch

Durchschnittsverbrauch PKW und Kombi
– Angaben in Liter je 100 Kilometer –



Größere Motoren und schwerere Autos haben bewirkt, dass der Benzinverbrauch in den vergangenen Jahren nur geringfügig zurückgegangen ist.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen/ © metall-grafik

MetallRente 

**Jung anfangen.
Klug sparen.
Betriebliche
Altersversorgung.**

Info unter www.metallrente.de



Bus in Berlin mit Brennstoffzelle und Wasserstoff im Tank: »Frühestens im nächsten Jahrzehnt«

Foto: ecopix

(USA), sollen Systemkomponenten wie Elektromotoren und Elektronik erforscht werden. »Unser Two-Mode-Hybrid-System treibt die bisherige Hybrid-Technik noch einen Schritt weiter«, sagt BMW-Konzernsprecher Michael Blabst. Statt schwerer Batterien sollen Kondensatoren eingesetzt werden, wirksamere Elektronik und Software-Steuerungen den Spritverbrauch weiter drosseln. Audi und Porsche basteln an einer Hybrid-Allianz, in die auch Zulieferer einbezogen werden sollen – etwa für den Bau des Elektromotors.

Wasserstoff – eine Revolution?

Parallel arbeiten Volkswagen, Opel, Ford, DC und BMW an der Brennstoffzellen- und Wasserstoff-Technik. Für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen bedeutet diese Technik eine »Revolution im Automobilantrieb«. Sie setzt einen extrem hohen Anteil der Primärenergie in Bewegungsenergie um. Und hinterläßt fast keine Abgase. BMW benutzt dabei flüssigen Wasserstoff, der einen modifizierten Ottomotor antreibt. Wenn er funktioniert, könnten solche Wasserstoff-Fahrzeuge auch bei einer unvollständigen Wasserstoff-Infrastruktur genutzt werden.

In Berlin läuft seit Ende 2004 eine Demonstrationprojekt mit wasserstoffgetriebenen Fahrzeugen von Ford, Daimler-Chrysler, Opel und BMW – die Fahrzeuge sind also alltagstauglich. Doch bis sie am Markt eingeführt werden, dürften noch Jahre vergehen. So schätzt DC, dass es frühestens »zu Beginn des nächsten Jahrzehnts« soweit ist, Ford will seine Brennstoffzellen-Fahrzeuge »ab 2012« zu »marktfähigen Preisen« anbieten. Der VCD hält den Wasserstoffantrieb »frühestens in 30 Jahren« für realistisch.

Herrmann Scheer, SPD-MdB und Träger des alternativen Nobelpreises, warnt daher

vor allzuviel Euphorie: »Wenn sich die ganze Aufmerksamkeit auf den Wasserstoff richtet, werden die Leute sagen: Gut, es wird ein paar Jahrzehnte dauern, bis die Infrastruktur für eine wasserstoffbasierte Wirtschaft steht. Das könnte zum Alibi werden, die Möglichkeiten nicht zu nutzen, die uns schon jetzt offen stehen.«

Problematisch ist auch, dass für die Wasserstoffproduktion extrem viel Energie gebraucht wird und regenerativ erzeugter Strom noch teuer ist. Greenpeace-Experte Günter Hubmann ist daher skeptisch: »Eine Technik, die keinen Sinn macht und nur davon ablenkt, wie der Kraftstoff-Verbrauch schon heute reduziert werden kann.« Dass es

schon heute Alternativen gibt, beweisen die serienmäßigen Dreiliter-Autos von Volkswagen (Spar-Lupo), Audi (A2 TDI 3 L) und Smart. Doch ausgerechnet im Jahr der drastischsten Spritpreis-Erhöhung, 2005, rollten jetzt die letzten Lupos und Spar-Audis vom Band. Wegen der hohen Preise – rund 15 000 Euro kostete der Lupo, knapp 19 000 der Audi – stockte die Nachfrage. Gerd Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des VCD, macht die Hersteller dafür verantwortlich: »Sie haben in ihren Image-Kampagnen zu sehr auf Komfort und Geschwindigkeit abgehoben.« Damit ist der 1999 eingeführte Smart (cdi fortwo) das einzige deutsche Dreiliter-Auto in Serienproduktion. Im Gegensatz zum Lupo und A2 kommt das Fahrzeug ohne teure Aluminium- und Magnesium-Teile aus. Daher ist der Zweisitzer schon für rund 10 600 zu haben. Über 120 000 Exemplare wurden bisher verkauft. ◀

Fritz Arndt

SPAREN MIT BIOKRAFTSTOFFEN

Wer die teuren Spritpreise satt hat, kann schon heute auf günstigere Alternativen zurückgreifen. So ist Biodiesel oder Rapsmethylester (RME) derzeit rund 20 Cent billiger als herkömmlicher Diesel. Ein Grund für den günstigen Biodiesel-Preis: Die Bundesregierung hat die Ökokraftstoffe bis Ende 2009 von der Mineralölsteuer befreit. Rund 1900 Tankstellen für Biodiesel stehen bundesweit zur Verfügung, Biosprit ist also überall zu finden.

Wegen der Nachfrage nach RME wollen die deutschen Biodiesel-Produzenten in diesem Jahr 1,9 Millionen Tonnen produzieren – das sind 700 000 Tonnen mehr als 2004. Theoretisch könnte auch Bioethanol, das über die Vergärung von Weizen oder Zucker entsteht, flächendeckend als Sprit eingesetzt werden. Dazu müsste der Stoff allerdings den traditionellen Kraftstoffen beige-

mischt werden. Doch bisher tut sich nichts.

Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbands Erneuerbare Energien (BEE): »Wenn die Konzerne endlich ihre Blockade gegen die Beimischung von Bioethanol in Normal- und Superbenzin aufgeben, können auch dort die Kosten gesenkt werden.«

Der Nutzen für die Umwelt ist dagegen fraglich. Einerseits nutzt der Ökosprit nur ein Drittel der Rapspflanzen-Energie. Zweitens schädigen Dünger- und Spritzmittel für den Rapsanbau die Ozonschicht. Axel Friedrich, Leiter der Verkehrsabteilung im Umweltbundesamt (UBA): »Der bessere Weg, um den Spritverbrauch zu senken, sind effizientere Motoren.« ◀

Foto: picture-alliance / dpa / Berg



Ihre Bewerbung als Servicetechniker

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

vielen Dank für Ihre Bewerbung und Ihr Interesse an einer Tätigkeit in unserem Unternehmen.

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass wir Ihre Bewerbung nicht in die engere Auswahl aufnehmen konnten. Es ist uns aufgrund der hohen Anzahl von über 350 Bewerbungen nicht möglich jede abgelehnte Bewerbung zurückzusenden, daher bewahren wir diese noch bis zum 31.08.2005 auf. Sollten Sie uns bis zum 30.08.2005 einen frankierten (1,44 €) Rückumschlag senden, erhalten Sie Ihre Unterlagen umgehend zurück. Sie können diese aber auch persönlich abholen.

Wir wünschen Ihnen für Ihre weitere berufliche Zukunft alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Schreiben der Firma GfU, Potsdam

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem kleinen Gewinn über

1,93 Euro

den ich Ihnen mit anhängendem Scheck überreiche!

Schreiben der Firma Maximus GmbH

Assistent der Geschäftsleitung KAUFMANN

Der Erlediger, auch für die etwas anderen Probleme, 46, in ungekündigter Position

möchte sich zum 01. 01. 06 oder später noch einmal in einem kleineren/mittelständischen Unternehmen beruflich sowie regional verändern. Langjährige Erfahrung in Kostenrechnung, Vertrieb, Absatzplanung, Mitarbeiterführung in Industrie, Handel und Dienstleistung.

Zuschriften unter [REDACTED]

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von **metall**-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



KOLLEGE KARL



Flucht aus dem Tarif



Foto: picture-alliance / Pfla

Die IG Metall fürchtet, dass die Arbeitsbedingungen in diesen Betrieben sich verschlechtern. So soll die Arbeitszeit verlängert, Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung gestrichen oder gekürzt werden. Sogar an die Tariflöhne wollen die Arbeitgeber ran. »Wer aus dem Arbeitgeberverband flüchtet, plant Lohnabbau«, sagt Peter Donath, beim Vorstand der IG Metall für die Branche zuständig. »Zunächst geht es nur darum, ein paar Stunden länger zu arbeiten, der Lohn soll nicht sinken, wird dann behauptet.« Die IG Metall werde diesen Weg nicht mitgehen, sagt Donath. Er weiß aus Erfahrung: Sollte in einem Betrieb die Arbeitszeit erhöht werden (etwa

Stundenlöhne nach unten gehen.« Schmutzige Wäsche fällt in jedem Betrieb an. Man benutzt Arbeitskleidung, Putzlappen, Handtücher, Handtuchrollen in den Sanitärräumen, Tischdecken, Fußtrittmatten und viele andere Textilien. In vielen Betrieben wird diese Wäsche von Firmen der Textilen Dienste geliefert. Aber diese Betriebe (in Industrie, Handwerk, Handel, Hotelgewerbe, Gastronomie, Krankenhäuser, Kureinrichtungen, Altenheimen oder vielfältige und öffentliche Dienstleistungen) wollen die Wäsche nicht nur sauber, sondern möglichst billig aus der Wäscherei zurück bekommen. Die Kehrseite ist aber auch, dass nicht alle Unternehmen im Wäschereisektor

tarifgebunden sind. Sie versuchen mit Dumpinglöhnen möglichst niedrige Preise anzubieten und sich so einen Wettbewerbsvorteil zu erschleichen. »Deshalb werden wir das Aufweichen der derzeit gültigen Tarifverträge nicht hinnehmen«, kündigt Donath Widerstand an. »Es kann nicht sein, dass Betriebe, die tariftreu sind und die Arbeitsschutzbedingungen einhalten, die Verlierer werden«, meint Donath. »Hier arbeiten unsere IG Metall-Kolleginnen und -Kollegen.«

»Saubere mit Tarif« heißt die Kampagne, die die IG Metall im zweiten Halbjahr gestartet hat (siehe auch **metall** 9/2005). Im Rahmen dieser Kampagne sollen die Wäschereibetriebe erkennen, dass sich Tariffumping nicht lohnt und die IG Metall einer Tariffucht aus dem Arbeitgeberverband nicht tatenlos zusehen wird. Ende September startete die IG Metall mit betrieblichen Aktionen. Zugleich wird sie eine Liste tariftreuer Unternehmen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich wird auch eine »schwarze Liste« der Schmutzkonkurrenten veröffentlicht. Sie soll die Betriebsräte und Vertrauensleute der Metall- und Elektroindustrie, aber auch aller anderen Branchen, für die die IG Metall zuständig ist, zur Solidarität aufrufen. Denn sie können Einfluss darauf nehmen, dass Aufträge nur an Wäschereien vergeben werden, die Tariftreue als Markenzeichen vorweisen können. ◀

Werner Hoffmann

Anzeige

MetallRente

**Rente gut –
alles gut.**

Info unter www.metallrente.de

Die Arbeitgeber in der Wäschereibranche spielen mit dem Feuer. 16 Unternehmen und Unternehmensgruppen der Textilen Dienste haben ihre Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband Intex gekündigt. Sie verabschiedeten sich mit diesem Austritt aus dem Verbund der Textil-Serviceunternehmen, die sich zu allgemein geltenden tariflichen Mindeststandards bekennen.

**sauber
bleiben
mit Tarif.**

Kinderarbeit in Indien: »Globalisierung muss gerechter werden«



Foto: half / Dorigny

Der **erste Schritt** zur sozialen Verantwortung

Kinderarbeit in Indien, Gewerkschaftsverbot in Brasilien, Zwangsarbeit in China und 14-Stunden-Schichten in Ungarn: In vielen Ländern werden die Rechte der Beschäftigten mit Füßen getreten. Ein neues Instrument der IG Metall hilft, die Globalisierung ein bisschen gerechter zu machen. Dank so genannter »Internationalen Rahmenvereinbarungen« zwischen Gewerkschaft und Konzernen verpflichten sich die Arbeitgeber soziale Mindeststandards auf der ganzen Welt einzuhalten.

Die Stimme des sonst so ausgeglichenen Thailänders überschlägt sich: »Ich bin ganz sicher, das Budget für Arbeitssicherheit wurde zusammengestrichen. Und deshalb gibt es jetzt so viele Arbeitsunfälle bei uns.«

Niwat Phanom ist Gewerkschafter bei BMW in Thailand. Vor drei Monaten hat sich in dem Werk eine kleine Betriebsgewerkschaft gegründet. Die gewerkschaftliche Arbeit steht noch ganz am Anfang: »Beweisen kann ich meine Vorwürfe nicht, noch fehlt uns das statistische Material. Aber ich spreche mit anderen Kollegen. Alle machen die gleichen Beobachtungen und sagen mir, die Zahl der Unfälle steigt.«

BMW-Gesamtbetriebsrat Manfred Schoch

hört zu und macht sich Notizen. »Diesen Vorwürfen müssen wir nachgehen«, verspricht er dem Kollegen Niwat.

Ein Treffen unter BMW-Gewerkschaftern: Was sich fast wie selbstverständlich anhört, ist eine Premiere. Zum ersten Mal trafen sich vor wenigen Tagen 27 Betriebsräte und Gewerkschafter der BMW-Gruppe in München. Sie kamen aus Thailand, Südafrika, den USA, England, Österreich, Belgien und Deutschland.

Der Grund für ihr Treffen: Im April dieses Jahres unterschrieben BMW und der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) eine »Internationale Rahmenvereinbarung«. Eine Rahmenvereinbarung ist das soziale Pflichtenheft der Arbeitgeber, das weltweit

für alle Beschäftigten gilt und in allen Werken Mindeststandards sichern soll. 17 solcher Vereinbarungen gibt es mittlerweile im Organisationsbereich der IG Metall (siehe auch Kasten).

BMW gehört zu den jüngsten Unterzeichnern der Internationalen Rahmenvereinbarungen. Vorstandschef Helmut Panke erkennt darin die Grundprinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die Menschenrechte an. Das heißt, die BMW-Gruppe sichert allen Beschäftigten zu, dass sie nicht diskriminiert werden, dass es bei BMW keine Kinderarbeit gibt und dass Löhne sowie Urlaub den landesüblichen Mindestnormen entsprechen. Weltweit haben alle Beschäftigten das Recht, Arbeitneh-

mervvertretungen zu bilden. Und der Arbeitsschutz spiegelt mindestens die nationalen Bestimmungen wieder.

Löhne und Bedingungen der Arbeit verbessern

Diese Grundsätze sind Standards für deutsche Standorte. Doch wer glaubt, dass solche Normen auch für die weltweite Belegschaft deutscher Konzerne selbstverständlich sind, irrt. »Erst mit der Unterzeichnung einer Rahmenvereinbarung erkennen Unternehmen die Sozialpartnerschaft auf internationale Ebene an. Da

müssen wir ansetzen und als Gewerkschaften dafür sorgen, dass die Vereinbarungen auch umgesetzt werden«, erklärt Claudia Rahman von der Abteilung Internationales beim IG Metall-Vorstand. Die Vereinbarungen sind für beide Seiten gut. Den Beschäftigten sichern sie die Kernarbeitsnormen der ILO. Und die Unternehmen können nicht nur ihr soziales Gewissen öffentlich machen, sondern profitieren auch durch höhere Produktivität. Denn zahlreiche Studien zeigen, dass Produktivität und Qualität steigen, wenn sich Löhne, Arbeitszeiten oder Arbeitsschutz verbessern.

Trotz solcher Vorteile für die Unternehmen läuft die Umsetzung der Rahmenabkommen nur schleppend an. Die Gründe liegen auf der Hand:

- Der Gewerkschafter und die Beschäftigten vor Ort wissen gar nichts über die Vereinbarung
- Nicht in jedem Land gibt es eine Tradition der Sozialpartnerschaft. Rahman: »Arbeitgeber und Gewerkschafter müssen ja nicht gleich die besten Freunde werden, aber sie müssen sich wenigstens als Verhandlungspartner anerkennen.«
- Wenn es keinen Weltbetriebsrat gibt, kennen sich die Gewerkschafter häufig nicht.
- Und außerdem gibt es natürlich auch Sprachprobleme und kulturelle Unterschiede in der Gewerkschaftsarbeit.

Ein großes Problem: die Zulieferer. »Das sind häufig die schwarzen Schafe«, weiß Claudia Rahman. Die deutschen Konzerne stehen auch im Ausland im Rampenlicht der Medien. Das schützt häufig auch die Beschäftigten in den Entwicklungsländern vor Willkür und miesen Arbeitsbedingungen. Doch bei den Zulieferern in China, Thailand, Mexiko oder Brasilien sieht es anders aus. Sie arbeiten oft weit im Hinterland, sind den Kontrollen der Öffentlichkeit sowie der Behörden entzogen.

Deshalb beinhalten die Rahmenvereinbarungen mit den Konzernen häufig eine so genannte Zulieferer-Klausel, in der sich die Konzerne verpflichten, auch ihre Zulieferer zur Einhaltung der Arbeitsnormen anzuhalten. Claudia Rahman: »Dass sie das dann wirklich machen, ist natürlich eine Herausforderung an das Management und die Gewerkschaften vor Ort.« Der Weg ist das Ziel. Und einige Erfolge können sich bereits sehen lassen.

Faber-Castell

Der Nürnberger Bleistifthersteller war einer der ersten Konzerne, die das Abkommen mit der IG Metall unterschrieben haben. Seither haben beispielsweise in den brasilianischen Werken Gewerkschaften Zutritt. In Indonesien, wo ein neues Werk geplant ist, werden die IG Metall und der Internationale Bund der Bau- und Holzarbeiter die Werksleitung und die zuständigen Gewerkschaften zusammenbringen.

Bosch

Internationale Kontakte zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind noch ein junges Phänomen. Bei der Robert Bosch GmbH gibt es ein Europa-Committee, in dem sich 26 Arbeitnehmervertreter aus 13 europäischen Ländern einmal im Jahr treffen. Ziel des Netzwerks: Informationsaustausch und Solidarität.

BMW will Papier mit Leben füllen

Auch die 27 Betriebsräte, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bei BMW sind sich sicher, dass sie das Abkommen mit Leben füllen werden. Zunächst wollen sie ein Netzwerk gründen, damit sie Probleme schneller und unbürokratischer lösen können. Und ein solches Netzwerk ist auch der erste Schritt zu einem umfassenden Kontrollsystem, das die Einhaltung der Vereinbarung überwacht. BMW-Gesamtbetriebsrat Manfred Schoch: »Jetzt liegt es an uns, dass wir das Papier mit Leben füllen.«

Susanne Rohmund



Foto: Faber-Castell

Farber-Castell in Brasilien: »Gewerkschaften haben Zutritt«

Maßstäbe setzen

Ein »Internationales Rahmenabkommen« wird zwischen Gewerkschaft und Management geschlossen. Es ist das soziale und ethische Pflichtenheft des Konzerns. Mit dem Abkommen verpflichten sich die Unterzeichner die Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation sowie die Menschenrechte einzuhalten. Immer mehr Konzerne im Organisationsbereich der IG Metall machen mit. Mittlerweile haben 17 Firmen ein Rahmenabkommen unterzeichnet. Teilweise entsteht in den Branchen eine Sogwirkung. Unterzeichnet beispielsweise Volkswagen ziehen auch die Konkurrenten nach.

Die Liste aller Unterzeichner:

► Faber-Castell	1999
► Hartmann	1998
► Triumph	2001
► Volkswagen	2002
► Daimler-Chrysler	2002
► GM Europe	2002
► Leoni	2003
► GEA	2003
► Rheinmetall	2003
► Ford Europe	2003
► Bosch	2004
► Prym	2004
► BMW	2005
► EADS	2005
► Gebr. Röchling	2005
► Schwan-Stabilo	2005



Laserschneiden von Karosserieteilen: Weiterer Produktionsanstieg

Werkzeugmaschinenbau

Foto: TRUMPF

Ohne Werkzeugmaschinen geht nichts

Etwa 66 000 Menschen sind im deutschen Werkzeugmaschinenbau beschäftigt. Keine besonders große Branche also, dafür eine entscheidende: Die Werkzeugmaschine ist das Herzstück der Metall verarbeitenden Produktion. Ohne sie ginge in der Metall- und Elektroindustrie gar nichts. Und die Branche bestimmt mit seinen Technologien die Trends in der gesamten Metallverarbeitung.

In den offiziellen Verlautbarungen zur EMO, der weltgrößten Fachmesse Ende September in Hannover, versprühte die Branche der Werkzeugmaschinenbauer puren Optimismus. Die Weltproduktion stieg nach Angaben des Fachverbands VDW (Verein der Werkzeugmaschinenfabriken) im letzten Jahr um zwölf Prozent auf mehr als 36 Milliarden Euro an. Die deutschen Werkzeugmaschinenbauer schneiden sich davon mit einem Produktionswert von 9,6

Milliarden Euro hinter Japan die zweitgrößte Scheibe vom Kuchen ab. Der VDW erwartet für 2005 einen weiteren Produktionsanstieg für die etwa 320 deutschen Betriebe um fünf Prozent.

Ganz so gut war die Entwicklung in den letzten Jahren nicht: Ab Anfang der 90er-Jahre rutschte der deutsche Werkzeugmaschinenbau von einer Krise in die nächste. Ein Drittel der Arbeitsplätze blieb auf der Strecke. 1991 wurden 98 000 Beschäftigte gezählt. Die aktuelle Zahl von etwa 66 000 könnte trotz positiver Auftragszahlen noch nicht das Ende der Fahnenstange gewesen sein. Je nach konjunktureller Entwicklung rechnen das IMU-Institut in Stuttgart und ISA-Consult in Bochum bestenfalls mit einer stabilen Beschäftigung. Die beiden Institute erstellten im Auftrag der IG Metall die neue Branchenanalyse für den Werkzeugmaschinenbau, die noch nicht veröffentlicht wurde (siehe dazu das Interview mit Dr. Jürgen Dispan).

Von der Krisenentwicklung erwischt wurde auch Trumpf in Ditzingen nahe Stuttgart. 1995 wurden dort die ersten flexiblen Arbeitszeitkonten zum Ausgleich von Auftragschwankungen eingerichtet, erzählt Betriebsratsvorsitzender Gerd Duffke – übrigens zehn Jahre, bevor im Frühjahr 2005 eine tarifliche Regelung abgeschlossen wurde. Damals wurden die Trumpf-Betriebsräte vor die Frage gestellt, ob die zukunftssträchtige Lasertechnologie in Deutschland oder im Ausland produziert wird. Ergebnis der Verhandlungen mit der Geschäftsleitung war 1997 das »Bündnis für Arbeit«, das bundesweit für kontroverse Diskussionen sorgte. Grund: Die Beschäftigten brachten zusätzliche Arbeitszeit ein, die nicht bezahlt, sondern als Qualifizierungszeit verbucht wurde. »Hätten wir dieser Kostensenkung nicht zugestimmt«, sagt Gerd Duffke heute, »wäre das für Ditzingen fatal geworden.« Die Laserfabrik wäre nicht gekommen und eine wichtige Zukunftstechnologie im Werkzeugmaschinenbau wäre weg gewesen.

Schon in der nächsten Krise in den Jahren 2000 und 2001 bewährte sich das »Bündnis«, sagt Duffke: Rein rechnerisch wären 250 der fast 1700 Beschäftigten überflüssig gewesen. Der Abbau der Arbeitszeitkonten rettete diese Jobs. Sonst hätte es Kündigungen gegeben wie 1995 und davor, »eine schlimme Erfahrung, die ich nicht mehr machen möchte«, sagt Duffke. 2001 wurde das Ditzinger Bündnis in zweiter Auflage um



Foto: Birf/Wegener

Maschinenbau in Freudenberg: Bestenfalls stabile Beschäftigung erwartet

Bausteine für die betriebliche Altersvorsorge erweitert. Im Januar 2005 wurde das aktuelle dritte Bündnis abgeschlossen. 95 Prozent der Arbeitsplätze sind bis 2011 sicher – auch, wenn die Belegschaft in dieser Zeit wächst. Vor allem wurden 340 Arbeitsplätze im Werk Hettingen auf der Schwäbischen Alb festgeschrieben – dort wird derzeit über die Zukunft der Produktion gesprochen.

Dafür wurde die Arbeitszeit auf 39,5 Wochenstunden ausgedehnt – tariflich bezahlt, wie Duffke betont. Zwölf Minuten schaffen die Trumpf-Werker über den Sieben-Stunden-Tag hinaus für die Altersvorsorge. 24 Minuten sind es für die Gewinnbeteiligung, die jetzt für Trumpf keine freiwillige Leistung mehr ist. Nicht ganz 20 Minuten schließlich »kostet« die Arbeitsplatzgarantie – das sind jährlich 70 Zusatzstunden ohne Lohnausgleich. Aber die »Bündnisse«, sagt Gerd Duffke, »dienen nicht nur der Kostensenkung – sie sollen den Strukturwandel begleiten.« So ist die vereinbarte Qualifizierung »ein unabdingbares Muss für die Standortsicherung. Wir können nicht mehr nur die nackten Maschinen verkaufen, sondern müssen auch den Service bieten«.

Die Ansatzpunkte, die IMU-Institut und ISA-Consult den Betriebsräten zur Standort-sicherung empfehlen, sehen ähnlich aus wie bei Trumpf: Es sind Qualifizierung, flexible Arbeitszeiten, innovative Arbeitspolitik und die aktive Nutzung der Mitbestimmung, etwa der Wirtschaftsausschüsse, wo Arbeitnehmervertreter Innovationen anstoßen können. Die IG Metall in den beiden regionalen Schwerpunkten der Branche, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, unterstützt die Betriebsräte mit eigenen Initiativen (siehe Kasten).

Wie es mit der Branche besser nicht weitergehen sollte, beschreibt die Analyse am Niedergang des amerikanischen Werkzeugmaschinenbaus. Bis in die 80er-Jahre hinein war die USA weltweit führend, heute sind die Amerikaner fast in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Grund: Die weitgehend mittelständischen Betriebe wurden von großen Konzernen aufgekauft, ausgequetscht und abgestoßen, wenn sie keine Erträge mehr brachten. Den meisten Firmen blieb nur der Gang zum Konkursrichter. Heute existieren in den USA nur noch Unternehmen, die einfache Maschinen bauen und sich mit Preisdumping zu behaupten versuchen. IMU und ISA-Consult warnen: »Eine Vereinseitung auf die Kostendimension gefährdet die Zukunftsfähigkeit des Werkzeugmaschinenbaus in Deutschland.« ◀

Uli Eberhardt

Interview

»Tüftler goes global«

metall sprach mit Dr. Jürgen Dispan vom IMU-Institut Stuttgart. Er ist Mitautor der neuen Branchenanalyse der IG Metall



metall: »Tüftler goes global« – so betitelte das IMU-Institut eine Branchenkonferenz der IG Metall in Baden-Württemberg für den Werkzeugmaschinenbau. Was ist darunter zu verstehen?

Dispan: Was wäre der Werkzeugmaschinenbau ohne Innovationen, ohne seine qualifizierten Facharbeiter und die gut ausgebildeten Ingenieure, hier unter dem Schlagwort »Tüftler« zusammengefasst? Das »Globale« soll auf den Punkt bringen, dass die internationalen Märkte einem immer stärkeren Wandel ausgesetzt sind. So spielen globalisierte Standortkonzepte eine wachsende Rolle im Werkzeugmaschinenbau.

metall: Was sind weitere Trends?

Dispan: Starker Preisdruck und Unterbietungswettbewerb werden zu einem immer größeren Problem. Bei den Produkten sind Standardisierung und Plattformstrategien, wachsender Dienstleistungsanteil und Downsizing hervorzuheben. Downsizing ist die Reduzierung der Komplexität von Werkzeugmaschinen, um sie mit weniger technologischen Raffinessen zu einem günstigeren Preis anbieten zu können.

metall: Der Strukturwandel verändert auch die Produktionsprozesse. Wie?

Dispan: Auch im Werkzeugmaschinenbau orientiert sich die Organisation der Ferti-

gung zunehmend am japanischen Produktionsmodell. Schlagworte sind Toyotismus, synchrone Produktion und Fließprinzip.

metall: Worauf ist im Sinne der Beschäftigten zu achten?

Dispan: Flexible Fertigung birgt Risiken für die Beschäftigten, zum Beispiel die Verringerung der Arbeitsinhalte bei getakteter Fließfertigung. Der Facharbeiter in der Montage wäre nicht mehr »Herr der gesamten Maschine«, wie es seinem Selbstbild entspricht.

metall: Wie sind die Beschäftigungsperspektiven im deutschen Werkzeugmaschinenbau?

Dispan: In den letzten vier Jahren wurde mehr als jeder zehnte Arbeitsplatz in der Branche abgebaut. Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass Beschäftigung – in Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage – bestenfalls stagnieren wird. Gleichzeitig zeichnet sich eine Fortsetzung des Wandels zu weniger Fertigungstätigkeiten ab. Der Angestelltenanteil in den Betrieben wird damit tendenziell zunehmen.

metall: Welche Voraussetzungen können zu einer stabileren Beschäftigung beitragen?

Dispan: Low-Cost-Strategien können keine tragfähige und zukunftsfähige Option für die Branche sein. Gefragt sind Konzepte des »Besser statt Billiger«. Langfristiger Erfolg ist nur zu sichern über Qualität und Innovationen. Voraussetzungen dafür kann eine innovative Arbeitspolitik schaffen, die Themen wie Qualifizierung, Flexibilisierung und Innovationen in der Arbeitsorganisation umfasst. ◀

Initiativen der IG Metall

Ständiger Zwang zur Innovation, wachsender Preisdruck (etwa durch die Automobilhersteller), neue Produktionskonzepte, globale Konkurrenz – all das stellt Betriebsräte laufend vor neue Fragen, für die sie Rat und Antworten suchen. In Baden-Württemberg richtete die IG Metall vor drei Jahren ein landesweites Betriebsräte-Netzwerk Maschinenbau (nicht nur für den Werkzeugmaschinenbau) ein. Der Erfahrungsaustausch bezieht sich dabei sowohl auf tarifliche Themen, also Beschäftigungssicherung, Qualifizierungstarifvertrag oder Ar-

beitszeitkonten. Die Hilfe zur Selbsthilfe ist dabei Prinzip.

Internet: ▶ www.bw.igm.de

In Nordrhein-Westfalen beteiligte sich die IG Metall seit 2001 an einer Gemeinschaftsaktion mit dem VDMA und dem Land – Multimedia im Maschinenbau. Die Betriebsräte sollten sich möglichst frühzeitig ein Bild über die Chancen und Risiken der Beschäftigungsentwicklung in ihrem Betrieb machen können.

Internet: ▶ www.nrw.igmetall.de ◀

Krankenkassenwechsel kann sich lohnen

Auch wer innerhalb der gesetzlichen Krankenkassen wechselt, kann Geld sparen. Vorher sollten die Versicherten allerdings die Leistungen genau vergleichen.

Knapp jeder Dritte, der gesetzlich versichert ist, ist mit dem Leistungsniveau seiner Krankenkasse nicht zufrieden. Dies ergab eine Umfrage des Allensbach-Instituts für die »Welt am Sonntag«. Sogar nur 2,5 Prozent glauben, dass sich die Leistungen der Krankenkassen in den nächsten Jahren verbessern werden. Und diese unzufriedenen Versicherten stehen hohen Beitragssätzen gegenüber. Die Spanne der Beitragstarife innerhalb der gesetzlichen Krankenkassen ist breit. Diese reichen zurzeit von 11,9 bis 14,5 Prozent. Bei dieser Differenz bietet sich für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit, Geld zu sparen. Auch ein Wechsel innerhalb der gesetzlichen Krankenkassen kann sich lohnen.

Seit dem Jahr 2003 gibt es keinen vorgegebenen Stichtag mehr für einen Wechsel der Krankenkasse. Derzeit gilt nicht nur für die freiwillig, sondern auch für alle gesetzlich Versicherten eine zweimonatige Kündigungsfrist. Das bedeutet: Kündigt der Versicherte beispielsweise zum 15. Oktober, dann endet das Versicherungsverhältnis zum 31. Dezember und die neue Mitgliedschaft kann zum 1. Januar beginnen. Der Kassenwechsel bindet für 18 Monate an die neue Kasse. Ein Sonderkündigungsrecht besteht lediglich, wenn die neu gewählte Krankenkasse vor Ablauf dieser 18 Monate ihre Beiträge erhöhen würde. Diesen Anspruch muss der Versicherte innerhalb der ersten zwei Monate nach Beitragsanhebung geltend machen.

Krankenkasse wechseln – warum?

Ungefähr 95 Prozent der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen werden vom Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen einheitlich für alle gesetzlichen Krankenversicherungen festgelegt. Die Hauptmotivation für einen Krankenkassen-



Illustration: Silvan Wegmann

wechsel besteht also nicht im jeweiligen Leistungsspektrum sondern in der Beitragshöhe. Dennoch sollte der Arbeitnehmer bei einem möglichen Wechsel darauf achten, ob die neue gesetzliche Krankenkasse eventuell auch alternative Behandlungsmethoden wie zum Beispiel die Akupunkturbehandlung oder andere Naturheilverfahren ganz oder teilweise übernehmen. Es gibt außerdem eine Menge von Zusatzleistungen, wie das

Anbieten von Expertenhotlines, Bonusprogramme und speziellen Gesundheitstagen. Bei all diesen Angeboten muss der Versicherte letztendlich individuell entscheiden, ob er auf diese Angebote wert legt oder nicht. Allerdings rechtfertigen diese Angebote meistens keinen Beitragsunterschied von bis zu drei Prozentpunkten. Darauf weist auch die »Stiftung Warentest« immer wieder ausdrücklich hin. ◀

Ute Merz

TIPPS ZUM KRANKENKASSENWECHSEL

- ▶ Vor der Kündigung den Beitragssatz und den Leistungsumfang der neuen Kasse bestätigen lassen.
- ▶ Die Kündigung schriftlich einreichen.
- ▶ Innerhalb von zwei Wochen muss die Krankenkasse die Kündigung schriftlich bestätigen.
- ▶ Die Mitgliedschaft in der bisherigen Krankenkasse endet erst, wenn innerhalb der Kündigungsfrist von zwei Monaten die Aufnahmebestätigung der neuen Krankenversicherung vorliegt. Die Weiterleitung erfolgt bei gesetzlich Versicherten durch den Arbeitgeber. ◀

Tipps zur Bewerbung



Bei der Stellensuche:
»Zeit nehmen«

Arbeitslosigkeit, Lehrstellen-suche, Frust im Job. Immer mehr Menschen befinden sich in einer ständigen Phase der Bewerbung.

Jeder hat einen guten Tipp auf Lager, wie die erfolgreiche Bewerbung auszusehen hat: Freunde, Verwandte und zunehmend auch zahlreiche Ratgeber, die den Buch-Markt überschwemmen. Doch auf wessen Rat kann ich vertrauen, welche Bewerbung trifft den momentanen Geschmack des Arbeitge-

bers? Wir haben mit der Frankfurter Bewerbungs-Expertin Brigitte Marx-Lange gesprochen. Sie betreut täglich Kunden, die auf der Suche nach der richtigen Bewerbung sind. Sie gibt sechs wichtige Tipps:

1. Nehmen Sie sich Zeit, eingehende Informationen über das jeweilige Unternehmen zu sammeln und ihr Anschreiben zu formulieren, denn

2. die Unternehmen wollen heute persönlich angesprochen

werden. Formulierungen wie: »Ihr Unternehmen ist mir bekannt durch... Daher freute ich mich Ihre Stellenausschreibung zu lesen« und persönliche Anrede sind hilfreich.

3. Im zweiten Absatz beschreiben Sie, was Sie ausmacht und wie Sie das Unternehmen bereichern können. Werben Sie für sich.

4. Vergessen Sie im Lebenslauf Ihre Hobbies nicht und reservieren Sie eventuellen Ehrenäm-

tern eine eigene Rubrik. Diese Dinge machen den Arbeitgeber genauso neugierig auf Sie, wie ein schönes, ansprechendes Lichtbild, das zu jeder Bewerbung gehört. Aber,

5. seien Sie immer ehrlich. Der Lebenslauf sollte wie ein Dokument behandelt werden. Erfinden Sie nichts dazu und versuchen Sie nicht beispielsweise Arbeitslosigkeit durch Begriffe wie »arbeitssuchend« zu verschleiern. So etwas wird bemerkt und kann auch im Nachhinein noch zur Kündigung führen.

6. Nehmen Sie das Angebot einer Online-Bewerbung an, wenn die Personalabteilung es so wünscht.

Hier noch drei Ratgeber in Buchform:

► Brigitte Marx-Lange, **Berufliches Parkett – Ihr Auftritt bitte!**,

Sehnert Verlag, 8,95 Euro

► Professionelles Bewerben – leicht gemacht,

Dudenverlag, 9,95 Euro

► Püttjer und Schnierda, **Das große Bewerbungshandbuch**,

Campus Verlag, 14,90 Euro. ◀

Isabell Bürger

Urteile

Kündigungen

Der Anspruch auf Weiterbeschäftigung an einem anderen freien Arbeitsplatz gilt nach dem Kündigungsschutzgesetz nur für das jeweilige Unternehmen. Darum kann sich ein gekündigter Arbeitnehmer nur ausnahmsweise auf freie Stellen in einem anderen Betrieb des Konzerns berufen. Und zwar dann, wenn sich ein anderes Unternehmen ausdrücklich bereit erklärt hat, den Arbeitnehmer zu übernehmen oder wenn eine Zusage des Arbeitgebers existiert und er bestim-

menden Einfluss auf die »Versetzung« nehmen kann.

Bundesarbeitsgericht (BAG) – 2 AZR 24/04 vom 23. 11. 2004

Arbeitslosengeld I

Verliert ein Arbeitnehmer seine Arbeit, muss er das »unverzüglich« der Agentur für Arbeit melden. Das steht in der seit 1. Juli 2003 geltenden Neuregelung des Paragraphen 37 b Sozialgesetzbuch (SGB) III. Wenn ein Betroffener das aus »unverschuldeter Rechtsunkenntnis« unterlassen hat (weil er die neue Rechtslage nicht kannte), hat er

seine Pflicht jedoch nicht verletzt, entschied das Bundessozialgericht. In diesem Fall hat er nicht fahrlässig gehandelt.

Nach dem Gesetz sollen sich Beschäftigte, die entlassen werden, sobald sie die Kündigung in der Hand haben, bei der Arbeitsagentur melden. Wenn sie das nicht tun, wird ihr Arbeitslosengeld gemindert. Im konkreten Fall waren es 1050 Euro.

Bundessozialgericht (BSG) – B 11 a/11 AL 81/04 R vom 25. 5. 2005

Arbeitsverträge

Ein Personalrabatt, etwa beim Kauf von Jahreswagen, steht regelmäßig unter dem Vorbehalt, dass der Arbeitgeber die Ware selbst herstellt. Etwas anderes gilt nur, wenn ausdrücklich eine weitergehende Zusage gemacht wurde, zum Beispiel für Produkte des ganzen Konzerns. Wenn aber der Betriebsteil, in dem die Rabattprodukte gefertigt wurden, verkauft wird, besteht in der Regel kein Anspruch auf verbilligte Ware mehr.

BAG – 9 AZR 631/03 vom 7. 9. 2004

+++ DAS POLITISCHE BUCH +++ DAS POLITISCHE BUCH +++ DAS POLITISCHE BUCH +++

Neoliberales Kampfblatt

»Endlich«, sagte ein ehemaliger »Spiegel«-Redakteur, der über 60 Titel-Stories für das Magazin geliefert hat, »endlich kriegt der mal einen reingewürgt.« Der, das ist »Spiegel-Chefredakteur Stefan Aust, der seit zehn Jahren aus dem ehemaligen »Sturmgeschütz der Demokratie« (Augstein) eine Allerweltsschleuder gemacht hat.

Vorbei die Zeiten der Aufdeckung von Skandalen – Strauß, Barschel, Coop, Neue Heimat, Lothar

Späth; heute jettet der Chefredakteur, der dem damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten penibel seine gesponserten Traumreisen vorrechnete, ungeniert mit dem VW-Firmenjet zur Tour de France. Unter seiner Fuchtel ist der »Spiegel«, dem Augstein einst attestierte, er stünde »im Zweifel links«, ein neoliberales Kampfblatt geworden, in dem

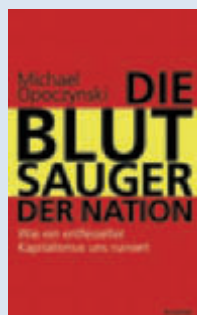
soziales Engagement, Umweltbewusstsein oder gar gewerkschaftliche Positionen gnadenlos abgebürstet werden.

Oliver Gehrs, 36, weiß, wovon er spricht, er war von 1999 bis 2001 Redakteur unter dem »Napoleon der Elbe«, wie Aust auch und richtig genannt wird. 2003 gründete Gehrs das Magazin »Dummy« und heute arbeitet er mit dem düpierten Augstein-Erben Jakob an einer neuen Zeitschrift.

Oliver Gehrs, **Der SPIEGEL-Komplex. Wie Stefan Aust das Blatt wendete**, Droemer-Verlag, 19,90 Euro. ◀

Blutsauger

Drei Abende lang den TV-Konsum auf die Tagesschau reduzieren – schon hat man dieses faktensatte, spannend und leidenschaftlich geschriebene Sachbuch verschlungen. Es hält, was der Titel verspricht: »Die Blutsauger der Nation – Wie ein entfesselter Kapitalismus uns ruiniert«. Der Autor Michael Opoczynski – ja, dieser dröge wirkende Moderator der ZDF-Sendung WISO – fackelt



schildert das unselige Treiben aggressiver Investmentfonds wie KKR, BC Partners, Carlyle, Permira und Texas Pacific (Geld raffen ohne Mehrwert zu schaffen). Er berichtet, wie Kunden, Mitarbeiter und Steuerzahler abgezockt werden. Er prangert die Firmenchefs von Mobilcom, EM-TV, Grundig, Walter Bau und Flow-Tex an, die – sogar trotz krimineller Praktiken – über ihre Opfer triumphieren.

Das Buch ist stark in der Beschreibung, aber schwach in der Analyse (so fehlt der Hinweis, dass Rot-Grün mit der Steuerfreiheit von Firmenverkäufen den Heuschrecken Futter gegeben hat). Doch die Vorteile überwiegen.

Michael Opoczynski, **Die Blutsauger der Nation**, Droemer, München, 16,90 Euro ◀

nicht: Über unser Wohl und Wehe entscheiden »ein paar« Manager, Banker und Unternehmensberater. Opoczynski

Ein Koffer voller Träume

Migrantinnen und Migranten, die vor Jahrzehnten als »Gastarbeiter« nach Deutschland kamen, erzählen in diesem Buch aus ihrem Leben. Sie berichten, wie es war, als sie von zu Hause weggingen, um für einige Zeit in der Fremde zu arbeiten. Und sie erzählen, wie es kam, dass sie hier blieben und wie sie sich heute fühlen. Ein Lesebuch voll ungewöhnlicher und spannender Lebensgeschichten, die so manchem Klischee über Ausländer in Deutschland widersprechen.

Amt für multikulturelle Angelegenheiten Frankfurt am Main (Hrsg.), »Mit Koffern voller Träume ...«, Brandes & Apsel, 12,80 Euro ◀



Tipps

Arbeitslosengeld I

Keine Verlängerung

Der Bundesrat hat das geplante Gesetz über eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I im Vermittlungsausschuss gestoppt. Nach dem Willen von Rot-Grün sollten die längeren, nach Alter gestaffelten Fristen mit bis zu 32 Monaten Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I-Bezieher bis Ende Januar 2008 gelten (siehe **metall** 7/2005).

Durch die Entscheidung bleibt es beim geltenden Recht: Für ältere Erwerbslose endet die längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I ab Februar 2006. ◀

Arbeitslosengeld II

Neue Berechnungen

Ab Oktober dieses Jahres werden bei der Berechnung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) eine Reihe von Einnahmen nicht mehr als Einkommen berücksichtigt:

► Die Eigenheimzulage, soweit sie zur Finanzierung einer nicht als Vermögen zu berücksichtigenden Immobilie verwendet wird: Soweit die Eigenheimzulage der Finanzierung des Eigenheimerwerbs dient, wird sie auf des Einkommen des ALG II-Empfängers nicht angerechnet, weil die Eigenheimzulage

während des Bezugs der Grundsicherung für Arbeitsuchende vielfach die einzige Möglichkeit zur Tilgung eines Baudarlehnens darstellt.

► Kindergeld für volljährige Kinder, wenn dieses an das Kind weitergeleitet wird, das nicht im Haushalt des Hilfebedürftigen lebt und

► Einnahmen bis 100 Euro monatlich aus Erwerbstätigkeit von Sozialgeldempfängern, die das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

► Eine einmalige Einnahme wird künftig auf einen angemessenen Zeitraum aufgeteilt

und innerhalb dieses Zeitraums monatlich angerechnet.

► Freibeträge von Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit werden auf der Grundlage des erwirtschafteten Überschusses (Gewinn vor Steuern) berechnet.

► Die Kilometerpauschale wird auf 20 Cent je Entfernungskilometer festgesetzt. Ist dem Hilfeempfänger die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zumutbar und ist diese zugleich wesentlich billiger, werden bei Nutzung eines PKW nur die Kosten für das öffentliche Verkehrsmittel berücksichtigt. ◀



Foto: Marc Darchinger

Welche « Leistung lohnt » sich?

HANS-PETER BARTELS ÜBER DIE NEIDDEBATTE

Arbeitszeit zu kurz, jede Steuer zu drückend, jeder Sozialversicherungsbeitrag eine Strafe, jede Belegschaft zu groß und jede staatliche Regelung eine Sünde. Längst geht es nicht mehr um Arbeitszeitverkürzung.

Statt neue Leute einzustellen, wird lieber die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt – bei hochprofitablen Konzernen ebenso wie im chronisch unterfinanzierten öffentlichen Dienst. Wenn in den Tarifrunden über den Preis der Ware Arbeitskraft verhandelt wird, kennt die Arbeitgeberseite nur noch eine akzeptable Richtung: nach unten.

Der Standort Deutschland, so die vorherrschende veröffentlichte Meinung, liege in den

letzten Zügen, alle müssten nun den Gürtel enger schnallen – alle? Die Bosse des Energiekonzerns E.on verzeichneten auf ihren Gehaltskonten von 2002 auf 2003 ein sattes Plus von 108 Prozent, die Allianz-Herren ein Plus von 46, Henkel von 22 und so weiter. Nur fünf von 30 Dax-Unternehmen kürzten die Vorstandsbezüge. Solche Bereicherungsexzesse machen in Zeiten von Massenentlassungen, von Lohn- und Sozialdumping gar keinen guten Eindruck.

Das sehen die Betroffenen etwas anders und warnen vor »Neiddebatten«. Die hohen Bezüge, so ihr erstes Argument, seien Ausdruck ihrer enormen Leistung, die natürlich angemessen bezahlt werden müsse. Aber was sind die Kriterien für Leistung? Der Gewinn vielleicht? Wohl kaum, denn Vorstandsbezüge steigen vielfach auch dann noch, wenn sich Unternehmensverluste ausweiten: So stieg der Verlust der Dresdner Bank von 942 Millionen Euro (2002) auf zwei Milliarden (2003) – die Ausgaben für die Vorstände stiegen aber von 9,6 Millionen Euro (2002) auf elf Millionen (2003). Die durchschnittlichen Bezüge eines Vorstandsmitglieds der Hypo-Vereinsbank betrugen 2002 etwa 1,1 Millionen Euro, 2003 rund 1,3 Millionen – während sich der Verlust der Bank von 850 Millionen Euro auf 2,4 Milliarden ausweitete. Gutes Geld für gute Leistung? Der Schweizer

Seit dem Ende des Systemkonflikts zwischen kommunistischer Diktatur und liberaler Demokratie, zwischen Kommandowirtschaft und Marktökonomie, seit 1990 führt sich das Kapital immer

rabiater als Sieger der Geschichte auf. Die Forderungen aus dem Unternehmerlager werden immer maßloser. Aus der Perspektive der Fonds und mancher Aktiengesellschaften ist hierzulande jeder Lohn zu hoch, jede

Rezepte aus dem Mülleimer der liberalen Wirtschaftstheorie sind nicht hilfreich

»Das marktradikale Denken durchdringt jeden Lebensbereich.«

Sein Lebenslauf

Hans-Peter Bartels (44) ist seit 1998 SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Kiel. Er hat, nach dem Studium der Politischen Wissenschaft und der Soziologie, als Journalist für Print und Hörfunk gearbeitet und später in der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein Dienst getan. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Berliner Republik« und Mitglied der SPD-Grundwertekommission.

Sein aktuelles Buch

»Victory-Kapitalismus«

Der Autor entlarvt in seinem Buch die Mythen der ökonomischen Leitideologie. Wie rational entscheiden eigentlich Manager, welche Opfer bringen sie für den Standort? Ist Deutschland, solange es nicht gesundgeschrumpft, dereguliert und rundum privatisiert ist, im internationalen Vergleich wirklich das Letzte? Der geistige Führungsanspruch der ökonomischen Elite hält dieser Überprüfung nicht stand. Eine überraschend moderne Kapitalismuskritik, zahlensicher und witzig.



Profitcenter Deutschland – der neokapitalistische Marktrausch
Kiepenheuer & Witsch 2005,
230 Seiten, 9,30 Euro

Altbanker Julius Bär meint, viele Manager folgten einer neuen Form von Ethik, die er »Bereicherungsethik« nennt.

Das durchschnittliche Jahresgehalt eines Vorstandsmitglieds in einem der 30 Dax-Unternehmen betrug im Jahr 2002 (ohne Aufsichtsratsvergütungen oder Aktienoptionen) das 52-fache des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens (26 374 Euro). Nimmt man das Leistungsargument wörtlich, müsste der Konzernlenker die 52-fache Leistung eines Durchschnittsarbeitnehmers erbringen, um seinem Gehalt gerecht zu werden.

Das Kriterium »Leistung« bleibt schwammig: Ein Manager hat gewiss etwas geleistet, wenn es dem Unternehmen durch sein Handeln besser geht. Aber was heißt besser? Wenn sein Aktienkurs steigt? Oder der Gewinn? Oder der Umsatz? Oder

der Marktanteil? Oder gar die Zahl der Mitarbeiter?

Als zweites Motiv für ihre enormen Gehälter bringen unsere Topmanager gern die große Verantwortung ins Spiel, die auf ihren Schultern lastet. Die vier Vorstände der Deutschen Bank verdienten im Jahr 2002 gemeinsam gut sechsmal so viel wie unsere ganze Bundesregierung. Sechsmal so viel Verantwortung für die Welt? Und die 13 Vorstände von Daimler-Chrysler bekamen zur gleichen Zeit soviel wie alle 603 Bundestagsabgeordneten zusammen. Ein Daimler-Chrysler-Vorstand gleich 45 Abgeordnete?

Ein drittes Argument führen die leitenden Angestellten des Kapitals gern an: Wahre Spitzen-

kräfte seien selten, werden aber häufig gebraucht – das treibt die Preise in die Höhe, Marktwirtschaft eben. Tatsächlich aber hält sich die Rekrutierung der Wirtschaftsführer über den »Markt« hierzulande in engen Grenzen. Selten werden Spitzenjobs der Wirtschaft auf dem freien Markt

»Selten werden Spitzenjobs der Wirtschaft auf dem freien Markt ausgeschrieben.«

ausgeschrieben. Üblicherweise und in der Regel rückt jemand aus dem Vor-

stand nach, und der alte Vorstandsvorsitzende wird zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden.

Sobald das hohe Niveau der Selbstversorgung allzu öffentlich wird, geben die Lautsprecher des Unternehmerlagers dann bereitwillig Empörung und Zerknirschung zu Protokoll – ohne erkennbare Langzeitwirkung. So

empfiehlt ein Kodex, vorgelegt von der Regierungskommission »Corporate Governance«, den börsennotierten Unternehmen, die individuelle Vergütung ihrer Vorstandsmitglieder wie auch in den USA üblich offen zu legen. Etwa zwei Drittel der Dax-Unternehmen halten sich nicht an diese Empfehlung.

Daraus lernen wir, dass es für den Schutz des Marktes, des Wettbewerbs, der Transparenz und der kleinen Aktionäre nicht reicht, auf Freiwilligkeit zu setzen. Deshalb hat der Staat im Juni das Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz beschossen. Dabei geht es nicht um Neid: Die Vorstände von börsennotierten Aktiengesellschaften arbeiten mit fremdem Geld. Anteilseigner und Arbeitnehmer sollten deshalb wissen, welche finanziellen Anreize Vorstandsmitglieder für ihr Handeln haben. ◀

Monatsrätsel ...

Lehrzeit	↘	großer Betrieb	↘	Geheimnisbruch	↘	Geheimdienst der USA	tatsächliche Existenz	↘	Rückgang der Konjunktur
Weißfisch	↗	↘	↗	↘	↗	↘	↗	↘	↗
Fluss in München						9	Körperspray (Kzw.) geboren (Abk.)		
↗		16		Kurort in d. Schweiz	↗	18		13	eh. italienische Währung (Abk.)
↘				↘		5	südeurop. Nutztier		
engl. Bez. für einen Radfahrer	↗					↘	Denkschrift (Kurzwort)		
weibliche Gestalt in der griech. Mythologie		Nachkomme	afr. Strom	↗		6			
↗		↘	↗	↘		↗	Adria-Insel		
				12			Hering nach dem Laichen		
↗		1		superkurzer Rock	↗		17		oriental. Obergewand
nordost-ital. Stadt	↘			ungekocht	↗		engl. Zustimmung		
Weltorganisation			10				Name von 8 Päpsten		
↗		11			römische Mondgöttin				
					späßig				
schwed. Polarforscher, † 1897		poröses Vulkan-gestein		Wahlübung	↗			französisch: Insel	
Grabgewölbe	Ansehen, Leumund	↘	linker Donzufluss	↗		Autokz. v. Bitburg			8
↗			Märchenwesen		7	eins (engl.)			
		14			australischer Beutelbär		4		
Gestade					nicht außen			2	
exotisches Klettertier									
↗		3		englisch: Alter					15

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 31. Oktober 2005 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Juli: Arbeitsschutz

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder

► fünf IG Metall-Autosicherheitswesten als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir zwei IG Metall-Fußbälle

Der Zusatzgewinn im Juli: Je ein IG Metall-Fußball geht an: Stefan Beyer, Klingenthal Rudolf Beck, Niddatal

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis: Eine IG Metall-Wanduhr aus Edelstahl



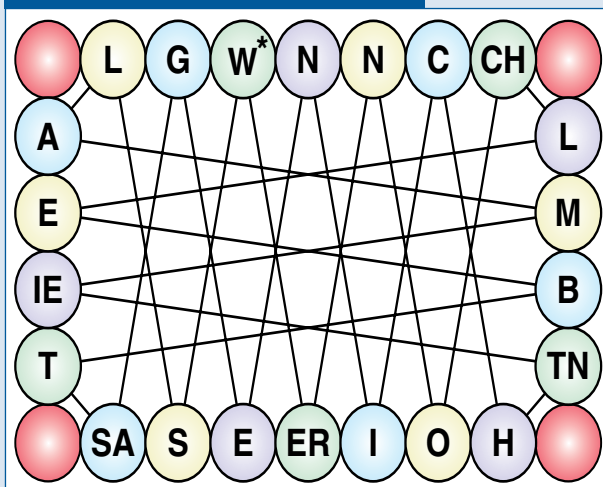
2. Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis: Ein Multi-Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl

Drei-Monats-Rätsel ...

Teil 10



Wenn Sie im Kreis mit dem Sternchen beginnen und dann Zug um Zug den Verbindungslinien folgen, ergibt sich der zehnte Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 10 bis 12 auf eine Postkarte schreiben und bis 31. Dezember 2005 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei Hauptpreise und einen von zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg im Wert von 25 Euro gewinnen, gestiftet von der BHW-Leben. Und als weiteres Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 51 Euro.



Regina Görner und der Haifisch, das Symbol der IG Metall-Jugend

Regina Görner ist Politprofi, hasst Bürokratie und singt in einem der besten deutschen Frauenchöre. Jetzt gibt sie bei der IG Metall im Bereich Jugend und Bildung den Ton an.

Ihr Lebensmotto ist idealistisch: »Selbst unter den heutigen Bedingungen kann man noch was verändern.« Und Regina Görner fügt hinzu: »Ohne dass es zuviel kostet oder die Welt noch komplizierter wird.« Diesem Motto blieb sie in ihrem letzten Job als Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlands treu. Und so versteht sie auch ihre neue Aufgabe als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zuständig für Jugend und Berufsbildung.

Anfang September wurde sie vom Beirat der IG Metall in dieses Amt gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Erwin Vitt an, der Ende des Jahres in den Ruhestand geht (siehe dazu auch Seite 6). »Ich bin wohl so etwas wie die doppelte Quotenfrau«, sagt sie lachend und selbstbewusst. Doppelt weil jetzt in dem Gremium neben Kirsten Rölke eine zweite Frau ein Amt hat. Und zum anderen weil sie dem Bundesvorstand der CDU angehört. Dass unter den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern eine Person aus der

Union kommt, ist Tradition. Ihr Ursprung: die Idee der Einheitsgewerkschaften nach dem Krieg.

Aber CDU und Gewerkschaft, passt das zusammen? Regina Görner findet ja. »Ich kann jetzt Übersetzerin zwischen den beiden unterschiedlichen Kulturen der Union und der Gewerkschaft sein.« Sie ist jemand, der beide Sprachen spricht, die der Christdemokraten und die der Arbeitnehmervertreter. Seit 1968 ist sie Mitglied der CDU. Sie war nicht nur Landesministerin sondern davor vier Jahre, bis 1989, Persönliche Referentin der Bundesministerin Rita Süssmuth. Ein Politprofi also.

Seit 1979 ist Regina Görner Gewerkschaftsmitglied. Davon ein Jahr Bezirkssekretärin der ÖTV Hessen. Und fast zehn Jahre als Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands. Eine Vollblutgewerkschafterin.

»Das Ruhrgebiet ist unkompliziert. Die Leute sagen dir die Wahrheit ins Gesicht. Das finde ich gut.«

Zu Besuch bei

Regina Görner

metall-Redakteurin Susanne Rohmund traf das neue geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall in Frankfurt.

Und was sind nun ihre Ziele? »Im Bereich Jugend wünsche ich mir, dass wir als IG Metall den Jugendlichen wirkliche ›Spielräume‹ öffnen, sie nicht bevormunden.« Und im Bereich Berufsbildung? »Ich kämpfe dafür, dass alle jungen Menschen möglichst viele Zugänge zu qualifizierter Berufsbildung erhalten. Mein klarer Favorit ist die duale Ausbildung; es gibt nichts besseres. Das müssen auch die Firmen endlich begreifen.«

Wer Regina Görner kennt, lobt ihre Kompetenz und ihre Durchsetzungskraft. »Von Rita Süssmuth habe ich gelernt, immer bestens informiert zu sein, niemals nur auf die Akten zu vertrauen, sondern mit den Betroffenen zu reden.« Die 55-Jährige liebt Auseinandersetzungen. Sie ist keine bequeme Frau. Sie hat Temperament und Tempo. Dabei kann sie ihre Herkunft nicht leugnen. Regina Görner wuchs im Ruhrgebiet auf: »Das Ruhrgebiet ist unkompliziert. Die Leute sagen dir die Wahrheit ins Gesicht. Das finde ich gut.« Die Gewerkschafterin ist die Tochter eines Kirchenmusikers. Das prägte ihr Leben. Sie promovierte

in mittelalterlicher Geschichte, hat im Fach alte Kirchengeschichte geforscht. Und Musik ist ihr Hobby: Zusammen mit einigen Freundinnen gründete sie vor mehr als zehn Jahren den Frauchchor Cant'Ella. Der Chor zählt zu den besten Frauenchören Deutschlands.

Nun wird man auch in der IG Metall oft ihr Stimme hören. ◀

Foto: Markus Krieger



Alles Wahlsieger

